

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:  
Prag, II., Sauböckova nám. 32.

Telephon:  
Tagredaktion: 673;  
Nachredaktion: 67

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachlass.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Abschließung von Abonnements  
erfolgt nur bei Einzahlung  
der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Sonntags täglich 1700

3. Jahrgang.

Freitag, 23. November 1923.

Nr. 274.

## Käufliche Journalistik.

Der große amerikanische Schriftsteller Upton Sinclair hat ein ganzes Buch über die bürgerliche Presse und den Journalismus geschrieben. Es ist ein Dokument von der größten Schande unserer Zeit: der Quelle, die durch tausende Kanäle geleitet, täglich der Vergiftung des Geistes der Menschen dient, der kapitalistischen Presse. Sinclair nennt das Buch „Der Sündenlohn“. Was ist, fragt er im Schlusskapitel, der Sündenlohn? Der Sündenlohn ist der Preis für die Schande derer, die den reinen Körper der Wahrheit paden und ihn auf dem Markt verkaufen, die die jungfräulichen Hoffnungen der Menschheit an das ekelhafte Vordell des Großen Geschäfts verateten. Der Verfasser schildert in seinem denkwürdigen Buche den „Journalismus als Ganzes“, seine „Innen- und seine Außenseite“, und was er geißelt, das sind nicht Einzelpersonlichkeiten, sondern ist die bürgerliche Presse, die große Verderberin, als gesellschaftliche Macht. Der Kreis seiner mit Beweistücken belegten Kritik beschränkt sich auf die amerikanische Presse, aber es ist außer Frage, daß diese Kritik fast Wort für Wort auch der kapitalistischen Presse der europäischen Staaten angepaßt ist. Wurden nicht die Menschen in allen Ländern vor und während des Krieges systematisch belogen und betrogen? Ist diese Presse hier etwa weniger die Geschäftsträgerin kapitalistischer Gruppen? Ist sie weniger faul und korrupt, weniger schamlos in der Verfälschung der öffentlichen Meinung?

Gerade jetzt erregt ein Pressesandal von ungeheuren Dimensionen in Wien die Gemüter. Die Herausgeber des „Oesterreichischen Volkswirt“, Walter Federn und Gustav Stolper, veröffentlichten vor einiger Zeit gegen den Herausgeber des Wochenblattes „Die Börse“, Herrn Imre Bekessy, eine Erklärung, in der sie Bekessy ein „seit jeher politisch schamloses, charakterloses Subjekt“ nannten, einen „Lügner und Schwindler“, der erfundene falsche Nachrichten verbreitet, die der persönlichen Bereicherung oder der Nachsucht dienen, einen „käuflichen Journalisten“, der Parzahlung nimmt und fordert, für die Verbreitung redaktioneller Nachrichten und Artikel, die geschäftlichen und persönlichen Interessen seiner Auftraggeber dienen. Bemerkenswert sei, daß für die „Börse“, das Blatt Bekessys, auch sehr bekannte tschechoslowakische Politiker, Staatsmänner und Volkswirtschaftler arbeiten. Bekessy antwortete vorerst auf diese Beschuldigungen in der einzig möglichen Weise: er brachte gegen die Herren Stolper und Federn die Ehrenbeleidigungsklage ein, über welche in diesen Tagen die Schwurgerichtsverhandlung stattfinden sollte. Es mußte als selbstverständlich gelten, daß Herr Bekessy nur im hellen Lichte der öffentlichen Schwurgerichtsverhandlung sich von den Beschuldigungen hätte reinwaschen können. Doch was geschah? Einen Tag vor Beginn des Prozesses zog Bekessy die Klage bedingungslos zurück und es verlautete, daß der Fall im „ehrenrätlichen“ Verfahren durch einen Schiedspruch des Wiener Journalisten- und Schriftstellervereines „Concordia“ zur Austragung gelangen werde. Nachträglich erfuhr man, daß Stolper und Federn mit dieser Austragung der schmutzigen Affäre nicht einverstanden seien, und daß die Zurückziehung der Klage ohne ihr Vorwissen erfolgt sei. Die Anregung dazu gab vielmehr der Obmann der genannten Journalistenvereinigung, und dieser ist wieder von anderen Journalisten dazu gedrängt worden. Die Hülle des Geheimnisses, die über dieser überraschenden Wendung liegt, läßt sich, wenn man erfährt, daß Herr Bekessy sich in einer Eingabe an das Gericht darauf berufen hatte, daß er keineswegs der einzige Journalist ist, der Geld von Banken und Unternehmungen nimmt, daß er vielmehr an siebzug Wiener Journalisten nennen könne, denen man eine ähnliche „Gehörung“ nachsagen könne. Er hatte daher beantragt, daß

## Stresemanns Verteidigungsrede.

Der Reichskanzler weicht den sozialdemokratischen Forderungen aus. — Unsere Genossen beantragen das Mißtrauensvotum. — Der Sturz des Reichskabinetts unausweichlich.

Berlin, 22. November. (Eigenbericht.) Die heutige Sitzung des Reichstages konnte ruhig beginnen, da bei den Kommunisten offenbar die Ansicht gefiegt hat, daß man auf bessere Weise als durch Adamaachen die Arbeiterinteressen vertreten könne. Immerhin hatte der kommunistische Adama von Dienstag dem Reichskanzler Gelegenheit gegeben, sich in Ruhe zu überlegen, was er auf die Anklagen der Sozialdemokratie entgegen solle. Was Herr Stresemann heute ausführte, war nicht geeignet, bei der Sozialdemokratie eine günstigere Stimmung für sein Kabinett zu schaffen. Eine Rettung wäre nur dann für ihn möglich, wenn er klipp und klar erklärte, daß es die hauptsächlichsten Forderungen der Sozialdemokratie:

Aufhebung des Belagerungszustandes, keine Preisgabe der besetzten Gebiete, Wiederherstellung der Ordnung in Bayern und Erweiterung, nicht Abbau der sozialpolitischen Bestimmungen

erfüllen wolle. In der Rede des Reichskanzlers war aber nichts enthalten, was auf eine Erfüllung dieser Forderungen gedeutet werden könnte, und deshalb ist nicht zu erwarten, daß die Sozialdemokratie sich trotz alledem nicht entschließen könnte, dieses Kabinett zu halten.

Im übrigen gab der Reichskanzler ein überaus trauriges Bild von der augenblicklichen Lage des Deutschen Reiches. Wir ständen vor einer Hungerkatastrophe und wenn es nicht gelänge, den Staatshaushalt zu balanzieren, würde auch der letzte Versuch, die Währung zu stabilisieren, zusammenbrechen. Die Debatte wurde nach der Reichskanzlerrede weitergeführt. Es ist beabsichtigt, sie noch heute zu beenden. Die Deutschnationalen haben bereits ein Mißtrauensvotum einge-

bracht, während die Sozialdemokraten und Kommunisten sich ihre Entscheidung noch offen gehalten haben. Die Abstimmung kann nur an einem dem Debatte-schluss folgenden Tage vorgenommen werden. Eine neue Sitzung ist für morgen Freitag um 11 Uhr vormittag angesetzt. In der Aussprache machten besonderen Eindruck die Ausführungen der Vertreter von Thüringen und von Sachsen. Der thüringische Ministerpräsident, Genosse Fröhlich, wies nach, daß die Reichswehr das Versammlungs- und Koalitionsrecht zerstöre und mit ranher Hand in das Wirtschaftsleben eingreife. Sie nehme Hausdurchsuchungen und Verhaftungen ohne jede Begründung vor, die kommunistische und sozialdemokratische Presse werde verboten, die rechtsgerichtete Presse dürfe ungehindert die Republik beschimpfen. Von einem Rechtsstaat könne unter dieser Militärherrschaft keine Rede mehr sein. Gen. Fröhlich müsse diesen Zustand vor dem Reichstage brandmarken, da das für ihn als letzte Möglichkeit geblieben sei, nachdem er bisher schon alle Wege bis zum Reichspräsidenten gegangen sei. Ähnliche Beschwerden brachte dann der sächsische Ministerpräsident Genosse Falck vor.

Gen. nenn Uhr abends verlagte sich der Reichstag bis elf Uhr, um in der Zwischenzeit den Fraktionen Gelegenheit zu geben, die Lage zu besprechen. Die sozialdemokratische Fraktion formulierte in ihrer Sitzung das Mißtrauensvotum. Daß das Kabinett Stresemann fällt, ist also sicher. In den bürgerlichen Mittelparteien hat man aber Hoffnung, daß es doch noch gelingen werde, eine reine Rechtsregierung zu verhindern. Man

ulast zum Aukt herabsinken, muß er sich nicht hüten, gegen das ihm auferlegte Gelübde zu verstoßen, über die internen Dinge der bürgerlichen Zeitungswelt, über das wahre Wesen dieser Presse zu sprechen? Man hat, so fährt er fort, das Publikum absichtlich im Unklaren darüber gelassen, wie und wovon die Zeitung lebe! „Kaum eine dieser Zeitungen lebe von den „normalen“ Einnahmen, am allerwenigsten von den Abonnementsgeldern. Man läge doch kein Moralpathos, ruft er den anderen bürgerlichen Zeitungen zu, jeid doch nicht „kleinbürgerlich“ und „provinzlerisch“, treibt keine Maskerade, da ihr doch alle an der Fälschung der öffentlichen Meinung und Pathos die Herrlichkeiten der kapitalistischen Weltordnung schildern, die für ihre Nutznießer ein Paradies ist, sollen deren Apologeten nicht auch einige Brocken von den reichbeladenen Tischen erhaschen?

Die naive Korruptheit, die aus diesen Gedankengängen spricht, ist sehr lehrreich. Es ist wirklich unerlaubte Dummheit, noch an die „hehre, heilige Mission“ der Presse der kapitalistischen Gesellschaft zu glauben. Das Wesen dieser Presse bedingt es, daß sie den Mächtigen, den Geschäftsmachern, den Profitjägern und Vörsenjobbern dient, daß sie das gedruckte Wort für den Meistbietenden auf offenem Markte feilhält. Hier habt ihr die Ursache der Sittenverderbnis, der Fäulnis, der Käuflichkeit dieser Zeitungen! Hier liegt auch das Geheimnis dafür, daß diese Blätter gegenüber anderen Zeitungen, vor allem unserer Parteipresse, so „billig“ und „reichhaltig“ im Inhalt sein können. Die Dirne, die ihren Leib verkauft, kann ihn pugen, um wieder leidiger Kunden zu finden. Aber ärger noch als die Prostitution des Leibes ist die Prostitution des Geistes, der Gesinnung, die Käuflichkeit des gedruckten Wortes, das noch immer Tausenden als heilig gilt. Die Lehre des Wiener Pressesandals ist die alte: Weg mit dem Gifte der kapitalistischen Presse!

Die sozialdemokratische Fraktion formulierte in ihrer Sitzung das Mißtrauensvotum. Daß das Kabinett Stresemann fällt, ist also sicher.

In den bürgerlichen Mittelparteien hat man aber Hoffnung, daß es doch noch gelingen werde, eine reine Rechtsregierung zu verhindern. Man

Besteckungskonto der Wiener Banken durch das Gericht requirieren zu lassen. Man geht kaum fehl, daß in der Journalistenvereinigung viele die Aufrollung dieses Kapitels im Gerichtssaale zu fürchten hatten, und daß sie wohl für eine Anzahl journalistischer Existenzen katastrophale Folgen gehabt hätte, die auch die innige Verfilzung von Kapital und Presse aufzuzeigen geeignet war. Die Drohung des Bekessy, die von solchen Folgen begleitet war, macht ihn natürlich noch nicht zum Ehrenmann, sie zeigt vielmehr nur, daß er nicht der einzige ist, der den Einfluß der Presse um Geld verdirbt, daß vielmehr von einer weit ausgebreiteten Fäulnis und Korruptheit der bürgerlichen Journalistik gesprochen werden muß. Bekessy ist nur ein Einzelfall, ein Typus. Und weil die anderen Belasteten, die, wie eine Dirne ihren Leib verkauft, ihren Geist um Sündenlohn und Besteckungsgelder verkaufen, fürchteten, daß auch sie und die ganze Institution der bürgerlichen Presse im Gerichtssaal an den Pranger gestellt werden würden, sollte bei der Austragung des Falles das Dunkel des journalistischen Ehrenwortes dem öffentlichen Gerichtsverfahren vorzogen werden. Ohne Zweifel: es sind der käuflichen Subjekte, der journalistischen Handlanger, die um Andastlohn ihre Feder verkaufen, es sind der Bestochenen und Schurken mehr als der eine Bekessy!

Aber, so fragt in dem Wiener Blatte „Die Stunde“, ein kollegialer Verteidiger Bekessys, was wollt Ihr? Seid doch nicht entrüstet! Kennt Ihr denn nicht das Wesen der kapitalistischen Presse? Aus der österreichischen Grönderzeit kennt man das Wort eines der kapitalistischen Aquaren, der mit erschreckender Offenheit einmal sagte: „Mit Sittensprüchlein“ verdienen auch die bürgerlichen Zeitungsherausgeber nicht ihre Millionen, vermehren nicht viele Schreibslaven des Zeitungskapitals ihren „Sündenlohn“, den sie für die Prostitution ihres Geistes ausbezahlt erhalten. Muß nicht, so fragt der Verteidiger Bekessys, der Jour-

spricht dort davon, daß der württembergische Ministerpräsident Hieber oder der Bankdirektor und jetzige Währungsminister Schacht den Kanzlerposten übernehmen soll. Es ist fraglich, ob sich diese beiden Personen, die politisch ziemlich weit links stehen, dazu bereit erklären werden, die Regierungsbildung zu übernehmen, und wenn sie das tun, ob sie sich eine parlamentarische Basis schaffen können.

Berlin, 22. November. (Eigenbericht.) Die zu Beginn der Sitzung erwarteten Rundgebungen der Kommunisten wegen des Ausschusses ihres Parteigenossen Remese sind ausgeblieben. Die Umgebung des Reichstages war von Postzeitung zerniert, die Eingänge ins Reichstagsgebäude von Schutzleuten und Beamten des Hauses scharf besetzt, die jeden Ankommenden rigoros prüften, ehe sie ihn passieren ließen. Ein Versuch Remeses, ins Haus einzudringen, wurde vereitelt.

Präsident Loebe eröffnete die Sitzung und machte dem Hause Mitteilung von der Ausschließung Remeses von 20 Sitzungstagen. Auch in Zukunft werde er jede Gewalttätigkeit mit dem Ausschluß aus der Sitzung ahnden. Das Haus stimmt diesen Eröffnungen beifällig zu. Der erste Redner ist

### Reichskanzler Stresemann.

Er beabsichtige nicht, führt der Kanzler aus, sich der Vertrauensfrage zu entscheiden, die Reichsregierung suche vielmehr die Entscheidung. Zu den Ausführungen des Abgeordneten Weis bemerkte er: Es sei nicht zu leugnen, daß in der Bevölkerung die Neigung zu Extremen bestehe. Die Schuld daran trage die Politik der französischen Regierung. Die Grundlagen der jetzigen Entwicklung Deutschlands, es wäre töricht, das zu leugnen, sind grundlegend bestimmt durch die Haltung Frankreichs. (Zwischenrufe der Kommunisten.) Die innere Lage Deutschlands ist trostlos und ich bekenne,

ich sehe keinen Weg, sie zu bessern.

Dr. Bergt ist nicht konsequent bei seiner Betrachtung der innerpolitischen Dinge, die außenpolitischen Folgerungen zu ziehen.

Bei der Aufgabe des passiven Widerstandes habe ich direkt gewarnt vor Optimismus, vor der Illusion, mit der Aufgabe des passiven Widerstandes beginne die bessere Zeit. Wir haben alle Möglichkeiten erschöpft, die Aufgabe des passiven Widerstandes unmittelbar mit Gegenleistungen der anderen Seite zu verbinden. Meine Regierung hat den Versuch einer dauernden Lösung des Reparationsproblems gemacht und hat über den Versailles Vertrag hinaus die Sachgüter als Garantie für die Leistungen angeboten. Vielleicht wird es noch einmal möglich sein, diese Sachwerte auszunutzen auf einer Konferenz der Sachverständigen, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands prüfen soll. Der Reichskanzler begrüßt das Interesse der Vereinigten Staaten an dem Zustandekommen einer Konferenz. Sie ergebe sich daraus, daß die deutsche Frage eine wirtschaftliche Frage sei. So wie Deutschland in Gefahr sei, der Rhein- und Ruhrwunde zu verbluten,

so könnte Europa an der offenen Wunde verbluten, die jetzt am Körper Deutschlands ist.

Die Trostlosigkeit unserer Verhältnisse ist jetzt so offenbar geworden, daß sie in keinem anderen Lande der Welt mehr gezeugnet werden könne.

Aus der Erkenntnis heraus, was ein verarmtes Deutschland, was ein an der deutschen Wunde leidendes Europa für die gesamte Welt bedeutet, haben sich die Anzeichen für jene neuen Konstellationen ergeben, in der England, die Vereinigten Staaten und Italien und bis zu einem gewissen Grade auch Belgien sich zusammensuchen. Was in Skandinavien, in Spanien, in Amerika geschehen ist, verpflichtet uns zu Danke. Was in Oesterreich an Hilfsbereitschaft sich gezeigt hat, das müssen wir besonders dankbar anerkennen. Bundeskanzler Seipel, der Sozialdemokrat Otto Bauer und Dinghofer haben zu uns so gesprochen, daß ihre Worte das Echo finden, das ein Bruder bei dem anderen findet. (Beifälliger Beifall.)

Wir haben angenommen, daß nach dem Abbruch des passiven Widerstandes Verhandlungen von Regierung zu Regierung beginnen würden und wir hatten, das betone ich, ein Recht gehabt, dies anzunehmen. Wir haben uns bemüht, zu Verhandlungen zu kommen. Wie drängend nicht durch und sind auch bis heute nicht durch-

gedrungen. Es ist ein Skandal in der Geschichte der Völker, daß die verantwortliche Regierung, die für ihr Volk zu sprechen hat, ausgeschaltet wird. Es ist dahin gekommen, daß wir uns entschließen mußten, andere Instanzen und andere Personen zu beauftragen, an unserer Stelle zu verhandeln.

Der Reichszankler verweist auf seine früheren Ausführungen über die Verantwortung Frankreichs für die drohende Hungerkatastrophe im Ruhrgebiet, sowie darauf, daß Deutschland die richtigen Summen für die Ernährung der Erwerbslosen nicht mehr lange aufbringen könne. Eine baldige Lösung der Arbeitslosfrage ist notwendig, es kommt aber auch darauf an, daß im Auslande das Empfinden besteht, daß bei uns die Produktionskraft wieder einsetzt. Die Arbeitslosigkeit am Rhein und Ruhr wäre viel geringer, wenn uns nicht das Pariser Diktat an der Wiederaufnahme der Arbeit hinderte. Wenn wir 40 Prozent des Ertrages dem Feind abschleifen müssen, muß die Produktion selbst sich lohnen, sonst steht sie überhaupt still. Wir denken nicht daran, auch nur einen Augenblick den Kampf am Rhein und Ruhr aufzugeben.

An den Münchener Vorgängen war es bemerklich, daß sich die verfassungsmäßige Regierung in Abhängigkeit von Organisationen begeben hat, die nicht der Staatsautorität dienen. Am bedauerlichsten ist es, daß derartige Vorgänge zu einer Zeit möglich waren, wo alle Parteien im besetzten Gebiet sich gegen die Separatistenbewegung einsetzten. Die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich bedürften als erste Grundlage der Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen und die Unterstellung der Reichswehr unter die Heeresleitung.

Zu den Anlässen gegen die Reichsregierung wegen der sächsischen Vorgänge führt der Zankler aus: Vom ersten Tage meiner Reichszanklerschaft habe ich wiederholt Veranlassung gehabt, den damaligen Ministerpräsidenten Doktor Feigener auf die Terrorakte gegen das gesamte Bürgertum in Sachsen hinzuweisen. (Lärm bei den Kommunisten.) Sehr bedauerliche Vorgänge hätten wir nicht erlebt, wenn nicht die kommunistische Agitation in Sachsen sie hervorgerufen hätte. (Großer Lärm bei den Kommunisten.) Abg. Thomas: Ihr seid die Meuchelmörder! (Er wird zweimal zur Ordnung gerufen.)

Zur Frage des Ausnahmezustandes führte der Zankler aus: Ich habe mit dem Reichspräsidenten die Frage erneut geprüft, ob in absehbarer kurzer Zeit die Aufhebung des Ausnahmezustandes erfolgen kann. Sie kann, meiner Meinung nach, erfolgen in den Gebieten, in denen Ruhe herrscht und die Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ruhe gegeben ist.

Mit der Ausgabe wertbeständiger Geldes mußte gewartet werden, bis die größten Ausgaben für das besetzte Gebiet beendet waren, sonst hätte sich das wertbeständige Geld unmöglich lange wertbeständig erhalten. Die Schaffung einer Zwischensicherung war unbedingt nötig. Das Reich kann diese Dinge aber nicht allein lösen, sondern bedarf ausländischer Kredite. Offiziell ist an uns gelangt nur das Anerbieten des Reichsgrundbesitzverbandes, uns einen Kredit von wenigstens einer Milliarde Goldmark zur Beschaffung von Lebensmitteln zu gewähren.

Jetzt sehen wir erst die Folgen des verlorenen Krieges in ihrer ganzen Furchtbarkeit vor uns. Die Politik Frankreichs will das deutsche Volk für ewige Zeiten zum Fronkleinstand verurteilen. Wir brauchen die Volksgemeinschaft, Restauration, nicht Gegenrevolution, sondern Evolution und Zusammenfassung aller Kräfte müssen die großen Gedanken sein, die uns leiten.

**Eine machtpolitische Lösung ist auch im Innern nicht auf die Dauer möglich.**

Das parlamentarische System macht in Deutschland alle Hindernisse überwinden. Man soll ein System so lange nicht aufgeben, als man nicht sagt, was man an seine Stelle setzen kann. Mir scheint, daß heute mehr eine parlamentarische Krise besteht als eine Kabinetskrise, denn die Erhebung eines Kabinetts durch ein anderes setzt voraus, daß ein Kabinett der Vertrauens da ist, daß Persönlichkeiten da sind, die sagen: Nämlich Deinem Platz, damit ich mich darauf setze.

Ich habe den Herrn Präsidenten schon am Dienstag gebeten und heute wieder gebeten, die Entscheidung herbeizuführen. Wir hatten Ihrer Entscheidung in der Überzeugung, daß wir unsere Pflicht gegenüber dem Lande getan haben. (Starker Beifall bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und bei den Demokraten.)

Folgender Antrag der Deutschnationalen ist eingegangen. „Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach Art. 94 der Reichsverfassung bedarf.“

Der nächste Redner, Reichsfinanzminister Luther, führte aus: Wenn es nicht gelingt, die Ausgaben herabzusetzen und die Einnahmen zu erhöhen, dann gibt es für das deutsche Volk keine Lebensmöglichkeit mehr. Eine neue energische Steuerpolitik ist notwendig. Da jetzt Anzeichen einer fortschreitenden Stabilisierung unseres Geldes bemerkbar sind, werden wir mit äußerster Energie gegen eine Ueberschreitung der Goldmarkpreise vorgehen. Das deutsche Volk braucht heute den Willen zur Arbeit und zur Armut.

Dr. Marx (Zentrum): Aus vaterländischen Gründen werde ich keine Partei hinter die Regierung stellen. In der Außenpolitik billigt das Zentrum durchaus die Haltung des Zanklers. Es billigt auch das Vorgehen gegen Sachsen und Thüringen und erwartet, daß baldigt das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich in verfassungsmäßige Bahnen geleitet werde.

Dr. Scholz (deutsche Volkspartei) erklärt, daß seine Partei das Verhalten der Regierung gegenüber den besetzten Gebieten vollumfänglich billigt. Bayern sei durchaus reichstreu. Der Wie-

derherstellung der Ordnung in Sachsen und Thüringen habe sich die Regierung nicht entziehen können und habe mit bemerkenswerter Energie gehandelt. Eine vorzeitige Aufhebung des Ausnahmezustandes komme nicht in Frage. Die in Angriff genommene Währungsreform sei zu begrüßen. In den hoffnungsvollen Verhandlungen mit ausländischen Kreditgebern dürfe das Kabinett nicht gestört werden. Die deutsche Volkspartei werde sich jedem Versuche, die gegenwärtige Regierung zu beseitigen, auf das Entschiedenste widersetzen.



## Der sozialdemokratische Mißtrauensantrag.

Berlin, 22. November. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat nach Schluß der heutigen Reichstags-Sitzung zu einer Fraktionssitzung zusammen, die bis 11 Uhr dauerte. Sie beschloß, folgenden Mißtrauensantrag einzubringen:

„Die Reichsregierung hat den militärischen Ausnahmezustand in Sachsen und Thüringen, ohne daß hiefür sachliche Gründe vorliegen, in schärferer Form angewendet, gegen die verfassungswidrigen Zustände in Bayern aber nicht entscheidendes getan. Sie hat daher nicht das Vertrauen des Auslandes.“

## Ueberrumpfungswahlen.

Von unserem Londoner Berichterstatter.

Die Art, wie England diesmal kampflos in einen Wahlkampf gestürzt wurde, hat für den Wähler selbst etwas Verdägliches. Er nennt es *rush-elections*. Ueberrumpfungswahlen; aber vergebens fragt er sich nach der Ursache. Die Regierung schützt zur Erklärung der Eile vor, daß sie — das Weihnachtsgeschäft wach stören wollte. Aber jenseits dieses Vorwandes scheint sie in Wahrheit zwei Gründe zu haben: ein schlechtes Gewissen und eine gute Kasse. Das Wahlprogramm der Konservativen verträgt keine ausführliche Erörterung vor der Öffentlichkeit, aber ihr wohlgefüllter Wahlfonds läßt sie hoffen, daß ihr gefährlichster Gegner, die Arbeiterpartei, die ungeheuren Kosten eines Wahlkampfes nicht vertragen werde. Mit einem schlechten Schlagwort, aber mit der Uebermacht des Geldes hofft die englische Bourgeoisie die Arbeiter niederzurufen.

Der Wahlkampf hat begonnen. Die Aktivität in allen Parteiagern ist unter Hochdruck gestellt. Alle Erwartungen und Ueberwachungen sind losgelassen. Bei den Konservativen ist die Stimmung nicht gerade siegesgewiß. Manche von ihnen sind bei den letzten Wahlen als ausgesprochene Anhänger des Freihandels gewählig worden, was bei der Kleinlichen Genauigkeit, mit der der englische Kandidat den verschiedenen Gruppen seiner Wähler Rede und Antwort über jede einzelne seiner politischen Ansichten und Absichten geben muß, schwer ins Gewicht fällt; sie sind also von der Schutzoll-Parole ihrer Partei leinertwegs entzückt. Auf der anderen Seite sind die Landwirte darüber verstimmt, daß gerade ihren Produkten der Schutz vor der billigen Einfuhr verweigert werden soll; aber da England von dieser Einfuhr lebt und keine Regierung es wagen kann, den traditionellen englischen „Frühstückstisch“ zu besteuern, ist ihnen als Entschädigung eine Produktionsbeihilfe in Form einer staatlichen Subvention versprochen worden. Die Arbeiterpartei mit Recht eine Wahlbezeichnung nennt. Auch der innere Zwist zwischen den einzelnen Gruppen der konservativen Partei ist kaum besänftigt; ein Versuch, die beiden Haupter der Opposition in der Partei, Austen Chamberlain und den Earl of Birkenhead offiziell mit Baldwin zu versöhnen, ist daran gescheitert, daß sich im gegenwärtigen Kabinett, das genug mit seinen eigenen Meinungsverschiedenheiten zu tun hat, niemand fand, der freiwillig den Ministerposten geräumt hätte, auf den jene beiden ganz offen Anspruch erhoben. Da also diese Bedingung eines soliden Geschäftes unter politischen Ehrenmännern unerfüllt blieb, wird die Regierung auf die Gefolgschaft der beiden repräsentativen Konservativen verzichten müssen. Ohne Begeisterung und ohne begeisterte Führer zieht diese Partei in den Wahlkampf; was ihr an Geist fehlt, das ersetzt das Geld; da sie keine Männer ins Feld zu schicken hat, wird ihr Parteiapparat das Land mit Plakaten überschwemmen.

Was Baldwin in seiner eigenen Partei mißglückt ist, das ist ihm bei dem einen seiner Gegner gelungen: die Einigung der Liberalen. Unter dem Druck der bevorstehenden Wahlen und auf der bequemen Plattform der alten Freihandelsparole haben sich Asquith und Lloyd George — nicht mehr bloß zwei Fraktionen derselben Partei, sondern bereits zwei gesonderte Parteien — wiedergefunden. Dieses Bündnis, dem kein einheitliches Programm zugrunde liegt, sondern das gerade nur ad hoc die alten persönlichen Gegensätze überwindet, ist immerhin ein unerwartetes Ereignis, ein letztes Aufflackern der Lebenskraft des absterbenden Liberalismus. Freilich hat ihm dazu die konservative Regierung selbst verholfen, indem sie ihm das traditionelle Stichwort: Freihandel gegen Schutzölle bot. Mit diesem herkömmlichen Schlagtruf werden die geeinigten Liberalen zweifellos einige Siege gewinnen; andererseits sind bei den letzten Wahlen die meisten Mandate der Lloyd George-Anhänger dadurch erworben worden, daß die Konservativen — eingebend der Koalitionsstreue, mir der ihnen Lloyd George alle Grundsätze seines Liberalismus aufgeopfert hatte — ihnen keine Gegenkandidaten entgegen-

stellten. Das werden sie jedoch diesmal, da es wieder in den historischen Kampf zwischen Schutzöllnern und Freihändlern geht, keineswegs tun; und die sichere Gegnerschaft beider bürgerlichen Parteien mag in vielen Fällen — der Labour Party zum Vorteil gereichen.

Für die Arbeiterpartei bedeuten die Wahlen tatsächlich eine schwere Belastung. Zweimal im Laufe von dreizehn Monaten die ungeheuren Kosten eines englischen Wahlkampfes tragen, in dem die Bestreitung eines einzigen von den sechshundert Wahlkreisen zwischen 250 und 900 englische Pfund verschlingt; dabei nach der organisatorischen Konstruktion der Labour Party im wesentlichen auf die Mittel der Gewerkschaften angewiesen sein, deren Rassen durch die furchtbare Arbeitslosigkeit erschöpft sind — diesen Anforderungen ins Gesicht sehen, heißt wahrlich einer wohlberedelten Heimtücke begegnen: der Uebertragung alter kapitalistischer Kampfmethoden vom wirtschaftlichen auf das politische Gebiet. Wie es seit jeher der Schlachtplan hartnäckiger Kapitalisten war, einem siegreichen Streit möglichst rasch eine grundlose Aussperrung folgen zu lassen, um den Arbeitern durch die Zermürbung ihrer finanziellen Widerstandskraft die Früchte ihres Sieges wieder zu entreißen, so bedarf es diesmal der Aufbietung aller moralischen Energien der Arbeiterpartei, um diesen Plan zunächst zu machen, nun, da es um die politische Herrschaft im britischen Reich geht. Unter diesen Umständen ist auf Siege in jenen Wahlkreisen kaum zu hoffen, in denen nicht bereits eine gut funktionierende Organisation besteht; die Eroberung ländlicher Distrikte, die bei längerer Vorbereitung sich gegliedert wäre, ist durch die Ueberrumpfungstaktik der Konservativen vereitelt, deren natürlicher Besitz diese ländlichen Gebiete sind und deren Macht dort draußen durch einen in knapp drei Wochen aufgestellten Wahlaparat kaum gebrochen werden kann. Nichtsdestoweniger wird die Arbeiterpartei ebensoviel Kandidaten ins Feld stellen wie das letztemal; und wie das letztemal wird sie der furchtbaren Uebermacht der bürgerlichen Propagandamittel und namentlich der bürgerlichen Presse die ganze Begeisterung der einzigen Partei entgegenstellen, die weiß, um was es geht.

Ist es wirklich der Schutzoll? Kein Nichtengländer kann die trüben Gründlichkeit erkennen, mit der hier die öffentliche Diskussion der Wahlbewegung sich um die behaupteten oder befürchteten Wirkungen dieser Maßnahme dreht. Und vor allem kann kein Nichtengländer den Wert dieser „Argumente“ abschätzen, ohne das genaue Verhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr der wichtigsten Waren zu kennen, das allein für die Frage entscheidend sein kann, ob Schutzölle tatsächlich die Arbeitslosigkeit und den Markt zu beeinflussen vermögen. Leider kennen dieses Verhältnis auch die meisten Engländer nicht; und dadurch ist es möglich, daß oft entgegen der wirtschaftlichen Wahrheit, die aus den Ziffern der Handelsstatistik spricht, die konservative Quadralfarbe manden als Heilmittel erscheint. Auch die englische Kirchturmdemokratie, die bis tief in alle Gesellschaftsschichten hinein das merkwürdige Korrelat des englischen Weltmachtbewußtseins bildet, und damit aus den einzelnen Wirtschaftsdistrikten Englands selbständige Kleinstaaten der Baumwolle, der Kohle oder des Eisens macht, kommt dem konservativen Schlagwort entgegen, das ja im Grunde nicht als eine ins Große gesteigerte Kirchturmpolitik ist. So mag der eine oder andere Wahlkreis der banalen Scheinlogik dieses Schlagwortes erliegen, daß Schutzölle das Mittel seien, um die Arbeitslosigkeit zu kurierey.

Auf der Höhe dieser Wahlpole steht auch die entgegengesetzte der Liberalen. Sie führen den Wahlkampf im Zeichen des Vorrats und der Fischkonserven, also auf einem Niveau, das noch unter dem des gemeinsten Geistes liegt; dem des Magens. Es ist der Streit darum, welche von zwei Ausbeutungsmethoden des Kapitalismus den Massen noch eher einen Bissen Brot und ein Stückchen Fleisch auf dem Frühstückstisch läßt, um sie von der Erkenntnis des Kapitalismus, als der Ursache ihres Hungers, abzuhalten.

Dem gegenüber fällt der Arbeiterpartei die Aufgabe zu, zu zeigen, daß weder Freihandel noch Schutzöll den Hungernden

und Arbeitslosen Hilfe bringt. Daß vielmehr der Schutzöll, der — noch einmal — die deutsche Konkurrenzgefahr besiegen soll, dadurch zugleich die Abhilfe gegen die wahren Ursachen der englischen Wirtschaftskrise verschüttet: die Ueberwindung der europäischen Katastrophe. Keine schönere und größere geschichtliche Berufung als den Blick der Massen des englischen Volkes über die Grenzen und über die Politik der Grenzsperrre hinaus zu weiten, auf die Ueberrumpfung der kurzfristigen und engstirnigen Lokalliberalen von Bradford und Lancashire mit der Aufdeckung der internationalen Zusammenhänge der Weltwirtschaft zu antworten und die Wahlpole der englischen Bourgeoisie als das zu entlarven, was sie wirklich ist! Der Kapitalismus war imstande, die Welt anzujuden. Er war imstande, so zu siegen, daß der Hunger der englischen Arbeitslosen für den Hunger der deutschen Arbeiter zahlte. Nun aber soll er die Welt wieder einengen — und die Regierung des mächtigsten kapitalistischen Reiches, die es versucht hat, muß ihre Zucht zur Ueberrumpfung ihrer Wähler nehmen. Die englische bürgerliche Politik, in Europa geschlagen, zieht sich mit rascher Wendung auf die Idee der Selbstgenügnung des britischen Reiches zurück, deren wirtschaftlicher Ausdruck der Schutzöll ist. Das ist das Geheimnis der englischen Ueberrumpfungswahlen: es ist das Eingeständnis eines vollkommenen Fehlschlages.

## Telegramme.

### Kommunikten und Separatisten.

Köln, 22. November. (Wolff.) Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Duisburg kam es vorgestern nachts in der Gegend der Brüderstraße zu einer heftigen Schießerei. Die sonderbündlerische Polizei versuchte, in der in dieser Straße liegenden Schule eine geheime kommunistische Versammlung auszuheben. Sie stieß dabei auf heftigen Widerstand der bewaffneten Kommunisten. Das in der Nähe befindliche belgische Militär griff dann ein. Um zwei Uhr nachts waren ein Toter und ein Verwundeter auf seiten der sonderbündlerischen Polizei festzustellen.

### Kerzer als die Franzosen

Dresden, 22. November. Das Wehrkreis-Kommando hat die sozialdemokratische „Dresdner Volkszeitung“ auf 10 Tage bei 15.000 Goldmark Strafe im Falle der Zuwiderhandlung verboten, weil die „Volkszeitung“ vor einigen Tagen einen Artikel brachte, der einen Vergleich zwischen dem Treiben der Franzosen im Ruhrgebiete und dem der Reichswehr in Sachsen zog. Dabei wurde behauptet, daß in Sachsen viel mehr Tote und Verwundete in wenigen Wochen zu verzeichnen waren als im Ruhrgebiete in mehreren Monaten.

Dresden, 22. November. Der kommunistische Abgeordnete Schneller, der vor 14 Tagen von der Reichswehr verhaftet worden war, ist auf Verlangen des sächsischen Landtages wieder aus der Haft entlassen worden.

### Es ist verboten . . .

Köln, 22. November. (Wolff.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus dem Ruhrgebiete, den für Holland und Italien liefernden Zechen sei von der französischen Ingenieurkommission mitgeteilt worden, daß mit sofortiger Wirkung jede Lieferung von Kohlen oder Kohlenezeugnissen für das neutrale Ausland verboten, bzw. einzustellen sei. Jede Förderung an Kohlen für das neutrale Ausland und jeder Versuch der Lieferung wird mit schwerer Strafe bedroht.

### Ein neuer Konflikt.

Brüssel, 22. November. (Savas.) Der belgischen Regierung ist ein Bericht über die Mißhandlung des belgischen Leutnants Grepper und des französischen Offiziersvertreter Cleyent in Leipzig zugekommen. Aus dem Berichte geht hervor, daß ein Befehl zur Verhaftung der beiden Offiziere von deutscher Seite ausgegeben worden war und daß eigens Patrouillen ausgesandt worden sind, um diesen Befehl durchzuführen. Der Vorschafertkonferenz wurde Meldung erstattet, damit diese die notwendigen Maßnahmen ergreifen könne. Der belgische Vorschafert wurde beauftragt, darauf zu bestehen, daß Repressalien beschlossen und ehestens getroffen werden.

### Frankreich läßt sich das Maß seiner Exzessen nicht vor schreiben!

Paris, 22. November. Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, hat in der letzten Sitzung der Vorschafertkonferenz der französische Delegierte Cambon seinen Instruktionen gemäß noch einmal den Standpunkt vertreten, den er in der Sitzung vom Montag zum Ausdruck gebracht hatte. Die französische Regierung werde von nun ab ihr Augenmerk auf die militärischen Vorbereitungen Deutschlands richten und sich nicht nur fragen, ob sie mit den Bestimmungen des Friedensvertrages vereinbar seien oder nicht, sondern auch, ob sie mit den nationalen Interessen Frankreichs in Einklang zu bringen seien.

### Wain wird ausgeliefert.

Budapest, 22. November. (U.S.B.) Der Immunitätsauschuß der Nationalversammlung hat heute den Beschluß gefaßt, das Immunitätsrecht des Abgeordneten Wain aufzuheben.

# Unsere Stellung zum Staatsvoranschlag

## Eine Rede des Abg. Genossen Bohl im Abgeordnetenhaus.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hielt Abg. Gen. Bohl in der Generaldebatte über den Staatsvoranschlag eine Rede, die wir im Auszug hier wiedergeben. Genosse Bohl führte aus:

Wenn wir an die Besprechung des Budgets gehen, so muß wohl das erste Wort ein Wort der Kritik über die Art der Behandlung des Voranschlages in diesem Staate sein. Das Budget wurde wie in den vorangehenden Jahren so auch heuer der parlamentarischen Beratung zu spät vorgelegt, die Beratung erfolgt daher überhastet. Dem Budget fehlt die detaillierte und ausführliche Auseinandersetzung und es ist nicht nach einheitlichen Grundsätzen in seinem ganzen Aufbau zusammengestellt. Die Besprechung und Beurteilung des Budgets leidet auch dadurch, weil die Rechnungsabschlüsse der Staatsverwaltung nicht rechtzeitig dem Hause vorgelegt werden. Es ist jetzt der Rechnungsabschluss für das Jahr 1920, 1921 fällig, dennoch ist dem Hause bis jetzt nicht zugänglich gemacht worden. Die derzeit bestehende gesetzliche Frist von 18 Monaten ist viel zu lange, um eine sachliche Beurteilung des Budgets zu ermöglichen. Maßgebend für den Staatshaushalt und für die Beurteilung des zukünftigen Staatshaushaltes ist die Verwendung der bewilligten Mittel im vorhergegangenen Jahre. Angesichts dieses Mangels, daß die Rechnungsabschlüsse nicht vorliegen, verliert zunächst das Budget ungemein viel an seiner sachlichen Bedeutung. Wir wissen bei der Besprechung des Budgets für das Jahr 1924 nicht, was mit den in den Jahren 1923, 1922 und 1921 bewilligten Mitteln geschehen ist. Es ist nicht das erste Mal, daß ich diese Kritik vorbringe. Aber unsere Kritik ist bisher völlig wirkungslos geblieben.

Die Besprechung des Budgets wird auch sehr erschwert durch einen Umstand, dem auch die Teilnahmslosigkeit des Hauses zum großen Teile zuschreiben ist: das ist

die Methode, nach welcher die Opposition in diesem Hause behandelt wird.

(Sehr richtig!) Es gibt auf der ganzen Welt kein Parlament in der der Opposition eine solche Rolle zugewiesen wird, wie in diesem Hause. Eine sachliche Opposition, von der Sie zur Mehrheit im alten Revolutionsparlament immer behauptet haben, daß Sie sie notwendig haben, wie das Salz zum Brot, eine solche Opposition wird hier völlig unmöglich gemacht. Unsere Mitglieder im Budgetausschuß haben einen Antrag auf Befreiung des alten Patents eingekommen, dem die Majorität sich aber widersprechen konnte. Aber Sie haben den Antrag unserer Mitglieder im Budgetausschuß abgelehnt und selbst im Handumdrehen einen Antrag der Majorität darauf gemacht und diesen Antrag dann angenommen. Ist das die Methode, mit der man eine Opposition behandelt? Das Interesse an den parlamentarischen Beratungen, an den wichtigsten Dingen sowohl im Ausmaß als im Plenum muß bei dieser Art Demokratie, die sich hier herausgebildet hat, naturgemäß versagen. Jeder oppositionelle Abgeordnete und schließlich auch die Abgeordneten der Majorität haben vom ersten Momente an, wo eine Vorlage in diesem Hause ausgelegt wird, das Gefühl und zwar das durchaus richtige Gefühl, daß an der Vorlage, so wie es auch beim Budget ist, ein Bestrich mehr geändert wird, mag stehen, was wolle. Und selbst wenn die Majoritätsparteien hier davor überzeugt sind, daß es besser wäre, in dem ein oder anderen Falle dem zuzustimmen, was die Opposition beantragt, so sind sie doch darauf bedacht, sich festzusetzen, und durch die „Rita“ und die Geheimkonflikte gebunden, unter allen Umständen oppositionelle Anträge abzulehnen, daß dadurch der Parlamentarismus, das wichtigste Instrument einer demokratischen Verfassung, zur wahren Komödie herabsinkt. (Sehr gut!) Ich habe diese Kritik als notwendig empfunden, weil diese Verhältnisse

das Grund- und Erbteil des Parlamentarismus und der Demokratie in diesem Staate verkörpern.

Ich möchte an die Besprechung des Budgets gehen und von vornherein konstatieren, daß uns schon eine oberflächliche Betrachtung davon überzeugt, daß wir es mit dem

### Budget eines kapitalistischen Staates

zu tun haben. Das Merkmal, an dem man dies erkennt, ist die Art und Weise, wie die Einnahmen des Staatshaushaltes verwendet werden, wie sie auf die einzelnen Staatsbürger und die einzelnen Interessentengruppen aufgeteilt werden. Sie haben — und ich spreche hier vor allem zu den Majoritätsparteien — schon wiederholt und auch im Laufe dieser Debatte immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß auf allen Gebieten eine Besetzung zu konstatieren sei. Es scheint aber, daß hier viel eher eine Art Gesundheitsplagegegriffen hat, weil immer wieder auf aller Seiten das Wort von einer Befundung der Verhältnisse zu hören ist. Auch in bezug auf

### das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern

haben wir von einem Debattierenden der Majorität dieses Wort gehört. Wie verhält es sich aber damit in der Wirklichkeit? Nun, das fünfjährige Jubiläum des Staates gibt darüber die beste Bilanz. Im Jahre 1919 betrug die direkten Steuern 968 Millionen K., im Jahre 1924 1760 Millionen, im Jahre 1924 betrug die direkten Steuern 1242 Millionen K., die indirekten 8508 Mil-

lionen K. Während also im Jahre 1919 das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern 1:1,3 war, ist es im Jahre 1924 1:5! Die indirekten Steuern sind also in diesen fünf Jahren nahezu viermal gestiegen. Diese Gegenüberstellung allein drückt naturgemäß dem Voranschlag seinen Stempel auf, den Stempel eines kapitalistischen Staates, der die Steuern statt von den Besitzenden sie am liebsten von den Konsumenten holt. Die Zölle haben dieselbe Entwicklung genommen; von 161 Millionen sind sie auf 603 Millionen gestiegen. Auch die Zölle sind natürlich indirekte Abgaben und sie erfüllen dieselbe Bestimmung wie die indirekte Steuer und wären von rechts wegen dazuzuzählen. Die Art der Besteuerung hat zu den Wirtschaftsercheinungen der letzten Jahre wesentlich beitragen müssen. Wie will der Staat den

### Abbau der Preise

herbeiführen, wenn er selbst mit einem wesentlichen Teil zur Verteuerung der Produkte beiträgt? Wenn man von der Herabsetzung der unsere Volkswirtschaft schwer schädigenden Kohlenabgabe absieht, ist absolut keine Besserung zu erblicken, soweit der Staatsvoranschlag in Frage kommt. Die Warenumsatzsteuer soll so reformiert werden, daß sie für Lebensmittel auf zwei Prozent erhöht wird. Nachdem sich die Warenumsatzsteuer bei Lebensmitteln, bis sie den Konsumenten erreichen, drei, vier, fünfmal entrichtet werden muß, bedeutet dies allein schon wieder eine 10prozentige Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel. Es muß von dieser Stelle gegen die Abschaffung des Vorgehens namens der Arbeiterschaft schärfer Protest eingelegt werden. Die einzige Aktivpost, die Herabsetzung der Kohlenabgabe, hat ihre Ursache weniger in der Einsicht der Regierung, entspricht vielmehr der ebernen Notwendigkeit. Die Arbeiterklasse und besonders die Bergarbeiter mußten diese Herabsetzung der Kohlenabgabe sehr teuer bezahlen. Der Streik der Bergarbeiter war vom ersten bis zum letzten Tage nichts anderes als ein großes ungeheures Versagen der Regierung, die auch den Streik verschuldet hat. Ein gutes hat aber der Streik doch gezeigt. Die Agitation, mit welcher man den

### Löhnen der Arbeiter

die Schuld an der Wirtschaftskrise beimißt, hat durch den Bergarbeiterstreik ein für allemal Schiffbruch gelitten. Die Löhne wurden abgetaut, um 13 bis 10 Prozent, das ist nicht wenig, der Staat hat abgetaut und ziemlich beträchtliche Opfer gebracht und hat verlangt, die Unternehmer und die Arbeiter müssen gleichfalls Opfer bringen. Seit dem 10. Oktober haben wir nun die neuen Kohlerpreise und es kann jeder beurteilen, was die ganze Verbilligungsaktion gebracht hat. Ich will damit nicht sagen, daß die Verbilligung nicht durchgeführt ist, aber sie ist so minimal, daß sie beim Konsumenten nicht in Erscheinung tritt.

### Die allgemeine Preisbewegung geht nach aufwärts.

Wir haben seit August eine Erhöhung des Weizenpreises um 20 Prozent, eine Erhöhung des Roggenpreises um 23 Prozent. Diese Erhöhung wurde hervorgerufen durch das Bewilligungsverfahren.

Sie sagen, Sie seien Anhänger des freien Handels, der freien Konkurrenz. Damit steht aber wohl im Gegensatz eine Notiz im Organ der tschechischen Agrarpartei, dem „Vestník“, vom 17. August. Das Blatt schreibt: „Wir stehen heuer vor der Notwendigkeit, einen beträchtlichen Teil der Getreidernte an Schweine zu veräußern, um einen stärkeren Ertrag des Getreideangebotes zu brechen“. Das Organ der Partei des Ministerpräsidenten, des Ministers für Landwirtschaft des Innern, des Ministers für nationale Verteidigung. Es steht vielleicht dieser Partei in diesem Zusammenhange gar nicht gut an, wenn sich dasselbe Organ fortgesetzt über die maßlose Begehrlichkeit der Bergarbeiter beschwert.

Wir haben seit Beginn dieses Jahres eine Erhöhung der Fleischpreise von 40 Prozent. Wenn wir die Einfuhrziffern untersuchen, finden wir sofort des Rätsels Lösung. Im Jahre 1922 wurden im Monatsdurchschnitt 7475 Stück Jung- und Schlachtvieh und 21.000 Stück Schweine eingeführt. Im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1923 wurden eingeführt 5214 Stück Jung- und Schlachtvieh und 14.000 Stück Schweine, daher monatlich um 2260 Stück Rindvieh und um 7000 Stück Schweine weniger. In dieser geringeren Einfuhr liegt die ausschließliche Ursache der Erhöhung der Preise.

Die Wirkung der Herabsetzung des Kohlenpreises ist nach jeder Richtung hin vollständig ausgeblieben. Keine bessere Beschäftigungsmöglichkeit, kein Preisabbau. Man hat uns versprochen, daß die Eisenbahntarife reguliert werden. Im Voranschlag ist aber nicht zu bemerken, daß sich im nächsten Jahre etwas zu der Tarifpolitik ändern soll, trotzdem unzählige Male nachgewiesen wurde, daß die tschechoslowakische Eisenbahnverwaltung die teuerste der Welt ist. Man verzichtet nicht auf die Mehrerinnahmen, und läßt weiter die Industrie und die gesamte Volkswirtschaft mit diesen unnatürlichen Tarifen belastet. Das Eisenbahnministerium, das mit 1. Oktober die billige Kohle gekauft hat und mindestens jährlich 170 Millionen K an Kohlen erspart, muß diese 170 Millionen augenblicklich zur Verbilligung der Tarife verwenden. Diese Tarife haben keine Berechtigung im Rahmen eines Deflationsbudgets. Wir hoffen, daß mit 1. Jänner die Tariffrage geregelt sein wird, denn darüber besteht kein Zweifel, daß die Tarife unsere ganze Volks-

wirtschaft und Industrie hemmen und daß sie ein außerordentlicher Faktor für die Teuerung selbst bedeuten. Ich kann also bei diesem Budget vom Standpunkte seiner volkswirtschaftlichen Auswirkungen betrachtet, natürlich nur zu einem ungünstigen Ergebnis kommen. Die Auswirkungen der Deflationspolitik sind noch nicht beendet, diese ganze Politik hat sich für die Arbeiterklasse als verhängnisvoll erwiesen, vermehrte Not, vermehrte Arbeitslosigkeit, vermehrte und verschärfte Arbeitskrise.

Ich komme nun zu einem anderen Kapitel, das ist

### die Unaufrichtigkeit des Budgets.

In dem Budget erscheinen die Ersparnisse mit 3,8 Milliarden angegeben. Diese Ziffer bedarf einiger Abzüge. So sind im Investitionsprogramm 800 Millionen weniger eingestellt, die gar keine Ersparnis beinhalten, weil nicht gesagt wird, was von der Investitionsanleihe im Vorjahre ausgegeben wurde. Eine weitere Post, wodurch diese Ersparnis herabgesetzt wird, ist die Streichung an den Staatschulden in der Höhe von 800 Millionen.

Noch etwas über den Geist des Budgets. Die Ausgaben des Gesundheitsministeriums überhaupt betragen 146,8 Millionen, die Ausgaben für Munition im Ministerium für nationale Verteidigung betragen 153 Millionen. Die ganze Volksgesundheit des staatlichen Aufwandes für Heilanstalten kostet den Staat 146 Millionen, die Munition 153 Millionen. Für die Arbeitslosen gibt der Staat 70 Millionen aus, d. h. er präliminiert 70 Millionen, ausgegeben hat er im Laufe des vergangenen Jahres 400 Millionen, für Reise- und Frachtposten im Ministerium für nationale Verteidigung sind 73 Millionen eingestellt, für die Jugendfürsorge beträgt das Etat 14,6 Millionen, für Kupfer für das Ministerium für nationale Verteidigung 16 Millionen. Das Kapitel Jugendfürsorge im Ministerium für soziale Fürsorge ist von 23 auf 14,5 Millionen herabgesetzt worden, die Arbeitsvermittlung von 3,7 auf 2,2 Millionen, die Bekämpfung der Epidemien von 5,1 auf 2,5, also um mehr als die Hälfte, Bekämpfung der Volksseuchen von 14 auf 10 Millionen, die Post

# Die Abwickelung der Budgetgespräche

Prag, den 22. November 1923. Zu Beginn der heutigen Sitzung, in der die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag fortgesetzt wurde, kam es zu

### Bärmigenen.

Der slowakische Volkspartei-erklärte, daß die slowakische Nation ihre Pflichten kennt, daß sie aber eine entsprechende Behandlung verlange. Er erinnert an die Massia und spricht von ihren Mitgliedern Dr. Kramar, Kasin und Sabrman, die erklärt hätten, daß sie nie ihre Nation verraten würden.

Juriga: Das gilt heute auch für uns!

Hlinka (fortfahrend): Wir wollen staatsbildend sein...

Kramar: Besteht bei Euch ein Unterschied zwischen Nation und Staat?

Hlinka: Ja!

Kramar: Ist das Euer Staat?

Hlinka: Ja. (Värm.) Wir stehen nicht auf dem Standpunkt des Herrn Sis. Wir werden die eigene Nation nicht verraten. Den Zentralismus erkennt die slowakische Nation nicht an. (Rufe: So ist es! Beifall.) Wir fordern die Souveränität der slowakischen Nation mit allen ihren Attributen. (Beifall bei den slowakischen Volksparteilern, Värm und Widerspruch bei der Koalition.) Die Slowaken erfüllen nur ihre Pflicht, wenn sie nationale Fanatiker bleiben. Er beschwert sich ferner über die Bedrückung der Katholiken in der Slowakei und erklärt, daß dem Bischof Vojtasal nicht nur der Paß verweigert wurde, sondern daß der Innenminister erklärte,

er kenne Bischöfe, die lügen wie gedruckt.

Im fortwährenden Värm und unter stürmischen Zwischenrufen der Oppositionsslowaken und ständigem Widerspruch der Koalitionsgesandten protestiert Hlinka gegen die Zensurverhältnisse in der Slowakei. Man dürfe sich nicht wundern, wenn in der Slowakei der Ruf ertönt: Weg von den Tschechen!

Hahala: Für magyarisches Geld macht Ihr uns Schande!

Juriga: Wir haben Euch gern, wenn Ihr in Böhmen bleibt!

Hlinka beendet seine Ausführungen unter demonstrativem Beifall seiner Parteigenossen. Der Värm dauert auch noch fort, als der Redner der Nationaldemokraten Dr. Englitz die Tribüne bestiegt.

Dr. Englitz reagiert auf die Ausführungen Hlinkas und erklärt, daß das Problem der Nation höher stehe, als das Problem des Staates. Jeder, der den Staat ausbauen und die Nation vernachlässigen würde, wäre verdächtig. Die Frage, ob die Tschechen und Slowaken eine Nation sind oder nicht, ist keine Frage von Deklorationen oder der Demagogie, sondern eine Frage der historischen Wahrheit, eine Frage des Blutes. (Stürmischer Beifall bei den Koalitionsparteien, Värm bei den slowakischen Volksparteilern.)

Juriga: Das ist eine Fälschung der Geschichte!

Leibesübungen von 6 auf 3,8 Millionen, die Fortbildungskurse von 0,9 auf 0,3, die Wohnungsfürsorge von 9,1 auf 7,2 Millionen. Ich glaube, daß jede Kritik die Wirkung der Gegenüberstellung dieser Tatsachen nur abschwächen könnte. Ich muß noch das Kapitel „Staatliche Wohnungsfürsorge“ hervorheben. Sie haben für dieses Kapitel mehr als zweieinhalb Milliarden ausgegeben. Wenn wir untersuchen, wohin die Gelder gekommen sind, müssen wir feststellen, daß in die deutschen Gebiete am allerwenigsten gekommen ist.

Der Optimismus des Herrn Generalberichterstatters in Bezug auf unseren Außenhandel ist nicht berechtigt. Deutschland, an dessen Handelsbilanz wir bisher in der Einfuhr mit mehr als einem Fünftel und in der Einfuhr nahezu mit einem Drittel teilgenommen, ist wirtschaftlich zusammengebrochen. Dieser volkswirtschaftliche

### Rückgang Deutschlands

muß seine Rückwirkungen auch auf unsere Handelsbilanz haben. Die Ausfuhr nach Deutschland ist von 284 Millionen im Juli auf 161 Millionen im Oktober herabgesunken. Nicht Mitleid allein, sondern die Auswirkung der praktischen Möglichkeiten für unsere Handelsbilanz sollten in unserer Stellung zu Deutschland maßgebend sein. Ein Zusammenbruch Deutschlands schädigt unseren Konsum und trifft uns schwerer als der Zusammenbruch irgend eines anderen Landes. Auch die Arbeitslosigkeit in ganz Europa und auch bei uns nicht steigen, wenn 60 Millionen Menschen vor unseren Augen aus der Weltwirtschaft ausgeschaltet werden? Inwieweit muß die auswärtige Politik Rücksicht auf unsere volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten nehmen.

Aus unserer ganzen Kritik, die wir hier wohl mit Recht an dem Budget zu üben gezwungen sind, erhellen Sie, daß dieses Budget auf die praktischen Bedürfnisse der breiten Massen des Volkes keine Rücksicht nimmt, sondern nur dazu dient, den Interessen der kapitalistischen Klassen zu dienen. Wir lehnen das Budget aus diesen sachlichen Gründen ab. Wir lehnen es aber auch ab, weil es ein Vertrauen für die Regierung beinhaltet, zu dem wir gar keinen Grund haben und das wir zu geben nicht bereit sind.

Englis (fortfahrend): Wir sind eine einheitliche Nation! (Värm bei den Slowaken, der Vorsitzende Tomasek fordert wiederholt zur Ruhe auf.) (Zu den slowakischen Volksparteilern gewendet): Wartet nur, bis es über der Latra aufhört zu blipen und bis es dort einmal hell wird!

Wiederum kommt es zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionsgesandten und den Hlinka-Geistes. Durch den Saal ertönt der langgezogene Kampfruf Jurigas: „Dol ho!“ (Marter ihn!) Der tschechische Sozialdemokrat Ulrich gerät mit Juriga hart aneinander, beinahe wäre es zu einer Ohrfeigenszene gekommen. Der Vorsitzende ruft Spaček und Juriga zur Ordnung. Als der Redner zum Meritum des Voranschlages übergeht, legt sich der Värm.

### Englis als Ministerkandidat.

Wer von Englis eine Kritik unserer Wirtschaftsverhältnisse erwartet hatte, wer von ihm geglaubt hatte, er werde im Sinne seiner von den „P. dove Roviny“ des östern gedachten Wirtschaftswägungen sprechen, wurde arg enttäuscht. Englis gefiel sich in banalen Sätzen, wie „die Frage der Teuerung ist schließlich die Frage der allgemeinen Wohlfahrt, und ähnlichem. Er verhielt sich auch, daß er nie Inflationist gewesen sei und lobte in überschwenglichen Worten Kasin & Finanzpolitik. „Rehmt alles nur in allem“, — es war eine regelrechte Kandidatenliste für den bald freiverwendenden Paß des Finanzministeriums, dessen Stellung schon durch die Bankenkrisis erschüttert und der die Spirinsoffäre wohl nicht mehr überleben dürfte.

Es sprachen ferner der Seiwertparteilere Rajman und

Abg. Fierhut (W. d. Landw.). Dieser führte aus: Aus dem Staatsvoranschlag für das 1924 sind genau ersichtlich die Mißstände und Schwierigkeiten, die in dem ganzen Staate vorherrschen, insbesondere aber auch die Bedrückungen und Ungerechtigkeiten, denen das gesamte deutsche Volk in diesem Staate, namentlich aber das Landvolk ausgesetzt ist. Von unserer auswärtigen Politik kann man sagen, daß sie sich mit Haut und Haar dem französischen Militarismus verschrieben hat. Die Folgen einer Militärkonvention mit Frankreich sind für den Staat schwerwiegend, denn sie bergen die Gefahr einer Beteiligung in einem neuen Krieg, während doch auch dieser Staat das Bedürfnis nach dauerndem Frieden hat. Aus diesem Grunde halten auch die Abgeordneten des deutschen Volkes eine solche Militärkonvention für die größte Gefahr ihres Volkes, zumal sie, durch Bande der Volksgemeinschaft und der geistigen Kultur mit den Deutschen im Reiche eng verknüpft, an deren Schicksal innigen Anteil haben. Es muß gesagt werden, daß die Einmischung in internationale politische Angelegenheiten unsern Bedürfnissen durchaus nicht entspricht. Die Großmachtspolitik des Ministers Dr. Benes zeigt sich deutlich in dem Aufwande für das Außenministerium; der auf eine angemessene Höhe verringert werden sollte. Desgleichen ist der Aufwand für das bestehende Heer und die Ausrüstung übermäßig groß, zumal wir es in diesem Falle mit durchwegs unproduktiven Ausgaben zu tun haben und unter dem überspannten Militarismus besonders das Landvolk

leidet, welches entschieden fordern muß, daß wenigstens die im alten Oesterreich bestehenden Begünstigungen und Erleichterungen in der Ausübung des Militärpräsenzdienstes playgreifen. Für die Auslandspropaganda werden bei uns Unsummen hinausgeworfen, ohne daß ein nachhaltiger Erfolg zu verzeichnen wäre. Ebenso wie die Außenpolitik wirkt auch unsere Innenpolitik auf die Verhältnisse in diesem Staate nachteilig. Die Handhabung des Sprachgebrauches verursacht dem deutschen Volke stets größere Bedrängnis, ohne dem Staate selbst von Nutzen zu sein.

Sodann gelangt zu Worte Genosse Pohl als Sprecher unserer Partei in der Generalansprache über den Staatsvoranschlag. Seine Ausführungen waren von zahlreichen Zustimmungsbekundungen „Sehr richtig“ und „Sehr wahr“-Rufen begleitet. Als Pohl auf die Spiritusaffäre zu sprechen kam rief Genosse Germaak: „Der Spiritus explodiert nicht“, was allgemeine Heiterkeit auslöste. Als Pohl geendet hatte, ertönte langanhaltender demonstrierender Beifall.

Vesley (ung. christ. Soz.) spricht ungarisch und wird vom Vizipräsidenten Szuban wegen Beleidigung Frankreichs und wegen beleidigender Ausdrücke gegen die tschechische Nation zur Ordnung gerufen.

Sahn (tsch. Nat. Dem.) befaßt sich mit tschechisch-russischen Verhältnissen und meint, daß die Vertreter Karpathorusslands in das tschechische Parlament bald einzutreten werden.

Smeral (Kommunist) sagt, daß die Behauptung von der tschechoslowakischen Konsolidierung nicht den Tatsachen entspreche. Es machen sich bei uns Zeichen sittlichen Verfalls bemerkbar. Einige Mitglieder der Koalitionsfraktion oder Zehnerausschusses haben größeren Einfluß als das ganze Parlament.

Dr. Medinger (parteilos) spricht die Befürchtung aus, daß das Defizit des Staatshaushaltes noch größer werden wird, als es im Voranschlag angegeben wird, weil die Steuereingänge, wie im Vorjahre, nicht die präliminierte Höhe erreichen werden. Die einzelnen Steuern ergreifen heute 37 bis 50 Prozent des Gesamteinkommens und so sind die Steuerlasten unerträglich geworden. Die Verschuldung an die Banken rührt vielfach von dieser Steuerbelastung her. Darum wird eine Reform unseres Steuersystems dringend nötig sein. Ein großer Uebelstand ist es, daß die Finanzverwaltung den gesteigerten Ansprüchen nicht genügen kann und mit den Vorschriften im Rückstand ist. Zudem ist durch die Wirtschaftskrise der Ertrag zahlreicher Unternehmungen auf ein Minimum oder unter Null gesunken. Trotzdem steht der Staatsvoranschlag eine Erhöhung des Erwerbssteuerertrages vor. Auch die direkten Steuern und Gebühren bedürfen einer Reform und eines Abbaus. An dieser Stelle müssen wir gegen die zumutbare Stellung nehmen, die Umsatzsteuer zu erhöhen, deren Abbau auf ein halbes Prozent dringend geboten erscheint.

Dr. Kuska (d. Christ. Soz.): Zum viertenmale erleben wir das heilloswette Schauspiel, daß die Aussprache über den Staatsvoranschlag nur formal, ohne Bedeutung ist. Das wichtigste Parlamentsrecht, die Votierung des Staatsvoranschlages darf nie seiner Bedeutung entleert werden. Es ist deshalb eine Pflicht, diesen Voranschlag zu bekämpfen. Redner bespricht die Art, wie die Gemeindefragen, besonders in Hultschin beeinflusst wurden. „Wir Vertreter des deutschen Volkes“, schließt Redner, „kämpfen für unsere Rechte, und wollen auf dem Wege der Wirklichkeit zum Wiederaufbau unseres Volkes beitragen. In gemeinschaftlicher Arbeit können wir uns auch mit der Gegenseite finden, wenn sie den bis jetzt festgehaltenen Grundsatz „Gewalt geht vor Recht“ aufgibt.“

Damit war die Generaldebatte beendet und das Haus beschloß, in die

**Spezialdebatte**

einzugetreten.

Charakteristisch für den Ernst der deutsch-süßgerlichen Opposition war es, daß bei der Abstimmung acht deutsch-nationale und alle nationalsozialistische „Volksvertreter“ fehlten! Zunächst wurde die erste politische Gruppe behandelt.

Blazel (Kommunist) nennt das Vorgehen der Zensur gegen die kommunistische Presse einen Weltskandal und greift das Präsidium des Abgeordnetenhauses wegen dessen Streichungen in den Interpellationen an.

Vizepräsident Voto unterbricht den Redner einigemal, fordert ihn auf, die Tätigkeit des Präsidiums nicht zu kritisieren und ruft ihn schließlich zur Ordnung. (Lärm und Widerspruch bei den Kommunisten.) Als Blazel fortfährt und eine vom Präsidium in einer Interpellation gestrichene Stelle verliest, wird er neuerlich zur Ordnung gerufen, was bei den Kommunisten abermals Lärm hervorruft.

Es sprachen noch Benda (tsch. Soz. Dem.) und Genosse Peeger, dessen Ausführungen wir in der morgigen Nummer wiedergeben werden.

**Der fehlende Antragsteller.**

Vor Schluß der Sitzung wurde über eine dringliche Interpellation des Landbündlers Fischer betreffend die Art der Steuererleichterung in Karlsbad durch die Egerer Steuerbehörden abgehandelt. Auch hier trat der „Ernst“ der deutsch-süßgerlichen in Erscheinung: Der Antragsteller und sämtliche Landbändler glänzten durch Abwesenheit.

**Die Hohenzollernfrage von internationaler Bedeutung.**

**Eine Rede Vencés.**

In der gestrigen Sitzung des Außenausschusses sprach Dr. Vencés. Er sprach über die letzten Ereignisse in Deutschland, insbesondere über die Frage der Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland. Er erklärte, daß die Frage des Kronprinzen und der Hohenzollern überhaupt keine innere Frage Deutschlands sei, und zwar nicht bloß gemäß den Friedensverträgen, sondern auch nach der Situation, in welcher die Hohenzollernfrage in Deutschland nach Abschluß des Waffenstillstandes gelöst worden ist. Die Hohenzollernfrage muß einerseits vom Standpunkte der allgemeinen internationalen Friedenspolitik, andererseits vom Gesichtspunkte der Verantwortung für den Krieg aus betrachtet werden. Die Hohenzollernfrage ist auch eine internationale Frage, da sie schon einmal Gegenstand internationaler und zwischenstaatlicher Verhandlungen war und weil seitens Hollands und insbesondere Deutschlands den Alliierten bestimmte Zusicherungen gegeben wurden, daß der Kaiser Wilhelm nicht nach Deutschland zugelassen werden wird. Eine solche Verpflichtung, die für alle und auch für uns gilt, ist auch die letzte Mitteilung der deutschen Regierung über den Thronverzicht des Kronprinzen und des Kaisers. Die deutsche Regierung bestätigt also selbst, daß die Hohenzollernfrage eine internationale Frage ist. Schließlich tangiert diese Frage auch unseren Staat, weil wir Kontrahenten der Friedensverträge waren, in denen von der Hohenzollernfrage die Rede ist, weil wir auch tatsächliche Kontrahenten bei den ganzen Verhandlungen nach Kriegschluß waren, wobei die Hohenzollernfrage politisch erörtert wurde. Außerdem sind wir Raubbar Deutschland und es ist demnach für uns politisch sehr wichtig, zu wissen, was im benachbarten Deutschland vorgeht.

Die Frage lautet, wie man hierüber Deutschland eine Mitteilung machen und was von ihm gefordert werden wird: die Auslieferung des Kronprinzen oder eine Ausweisung oder aber die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung für alles, was geschehen wird, falls der Kronprinz in Deutschland verbleibt. Der Standpunkt der tschechoslowakischen Regierung war, es sei bis zu einem gewissen Maße nebensächlich, in welcher Weise die Frage der Sanktionen formuliert werden wird. Für uns war jedoch klar, daß, wenn die Alliierten in dieser Angelegenheit einen bestimmten Standpunkt einnehmen und ihn formulieren, und wenn ihnen in dieser Angelegenheit, wo sie voll im Rechte sind, nicht entsprochen wird — und darin sind wir mit Frankreich eins —, daß man dann nicht beim bloßen Protest bleiben kann, sondern daß es zu einem ernstlichen Konflikt kommen könnte. Uns handelte es sich auch darum, eine Weiterverbreitung des europäischen Konfliktes zu verhindern und die Angelegenheiten, wenn möglich, rasch und ohne heftige Erschütterungen zu lösen.

Der Minister gab dann der Öffnung Ausdruck, daß der Konflikt durch die Enclente Noten in befriedigender Weise gelöst werden wird.

Ein Antrag des Genossen Dr. Czech auf Eröffnung der Debatte über die Erklärung des Ministers wurde abgelehnt und hierauf die Sitzung geschlossen.

**Inland.**

**Das Spirituspanna.**

Präsel, der Verwalter des Vesteckungsfonds sagt aus.

Das amtliche Preßbüro teilt mit:

Auf Ersuchen des Zehnerausschusses der Abgeordneten der Koalitionsparteien erläuterte in der heutigen Sitzung des Zehnerausschusses der Koalition Senatspräsidenten Karl Präsel die Verwendung eines „besonderen Fonds“ der Genossenschaft der landwirtschaftlichen Spiritusbrennereien, wovon in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit gesprochen wurde. Er führte aus, daß derselbe „ausschließlich zugunsten der Ausgleichung wirtschaftlicher Unebenheiten“ innerhalb der Genossenschaft der landwirtschaftlichen Spiritusbrennereien verwendet wurde. Mit größter Bestimmtheit erklärte er hierauf, daß weder eine politische Partei noch ein Einzelperson von den politischen Parteien irgend welche Gelder oder Begünstigung in irgend welcher Form aus diesen Fonds erhielt. Der Zehnerausschuß der Koalition nahm die Erklärung zur Kenntnis.

Herr Präsel bestritt also, daß der „besondere Fonds“ zur Vesteckung politischer Faktoren herangezogen wurde. Das kann wahr sein, auch wenn es der Herr Präsel behauptet. Mit dieser Erklärung ist aber noch lange nicht der sein maßgebende Zweck des Fonds „zugunsten der Ausgleichung wirtschaftlicher Unebenheiten“ klargestellt. „Unebenheiten“ und ähnliche Schwierigkeiten ergeben sich wahrscheinlich nicht selten bei den Transaktionen — wie die unterschiedlichen Schiebungen der landwirtschaftlichen Spiritusbrennereien fälschlich bezeichnet werden — und da ist es wohl die Bestimmung des Fondsverwalters, den nicht geraden Weg zum reichen Gewinn entsprechenden Ziel zu ebnen. Für uns ist aber ein Korruptionsfonds — Korruptionsfonds, und es ist gleichgültig, ob ihn der Herr

Präsel ausschließlich zur „Ausgleichung“ oder zur Vesteckung gefälliger Kreaturen verwendet.

Die Koalitionsparteien mögen ihre Gründe haben, von der Unbestechlichkeit der tschechischen politischen Parteien überzeugt zu sein; für so nahe wollen wir sie aber doch nicht halten, daß sie dem Märchenerzähler Präsel auch die Geschichte von dem „reellen, besonderen Fonds“ glauben. Ein Blick in das Buch, in dem die ausgeglichenen wirtschaftliche Unebenheiten eingetragen sein müssen, würde die sehr bescheidenen Mitglieder des Zehnerausschusses wahrscheinlich erst recht veranlassen, dem Herrn Präsel, seinem „besonderen Fonds“ und den Jufelbrennern überhaupt, tüchtig auf die Kappe zu steigen!

**Ostschlesische Zustände.** Wie überall, so veranlassen auch unsere Genossen in Ostschlesien Sammlungen für die hungernden Arbeiter Deutschlands. Wegen einer solchen Sammlung nun wurden — weil die behördliche Bewilligung hierzu noch nicht erteilt war — die Genossen Träger und Brudner von der politischen Bezirksverwaltung in Teschen auf Grund des Prügelpatents zu je 24 Stunden Arrest verurteilt. Das gesammelte Geld erklärte die volkshenndische politische Behörde für verfallen. Die Bewilligung zur Sammlung wurde einige Tage später erteilt. Ob Mangel an Intelligenz oder böser Wille an diesen Maßnahmen schuld ist, wissen wir nicht, fordern aber auf jeden Fall, daß die Zentralbehörde den originellen Bezirkshauptleuten Ostschlesiens eine bessere Praxis beibringt.

**Tages-Neuigkeiten.**

**Wilhelm und das Orakel.** Folgendes, zumindest gut erfundene Histrionchen, macht derzeit die Runde durch die reichsdeutsche Presse: Als im Juli 1914 Wilhelm II. noch unsicher war, ob er eine Politik für oder gegen den Krieg machen solle, beschloß er, wie schon im Altertum große Staatsmänner es getan hatten, das delphische Orakel zu befragen. Er wandte sich an seinen Schwager, den König Konstantin von Griechenland, der als Landesvater der Pythia dafür zuständig war. Durch Konstantins Vermittlung erhielt er folgenden Spruch: „Wenn Wilhelm den Krieg beginnt, wird er alle Deutschen zu Milliarden machen.“ — Darauf wurden die Mobilmachungsbeschele freudigen Herzens unterzeichnet. Und die Deutschen sind auch, allerdings Papiermarkmilliardäre geworden.

**Die französische Frauenliga gegen die Politik der französischen Regierung.** Die Deutsche Frauenliga für Frieden und Freiheit in der Tschechoslowakischen Republik macht uns von folgender Pressenachricht Mitteilung, die die französische Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit anlässlich des Jahrestages des deutsch-französischen Waffenstillstandes an die französische Presse verschickt hat: „Die französische Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, die niemals der Ansicht war, daß aus dem Kriege und der Verschmetzung der Befestigung irgend etwas Gutes hervorgehen könne, die seit 1919 gegen die außerordentliche Härte der Friedensverträge protestiert, und deren Revision verlangt hat, — hat auch den Tag des Waffenstillstandes niemals als ein Siegesfest begrüßt, sondern nur als die Beendigung des Blutbades angesehen. Sie bedauert, daß er in keiner Weise ein Zeitalter des Friedens eröffnet hat, und dies hauptsächlich durch die Schuld der französischen Politik, die nicht nur mit Leidenschaft, sondern auch von blinder Verstocktheit ist, die nicht nur den edelsten französischen Ueberlieferungen widerspricht, sondern auch verhängnisvoll den wirklichen Interessen des Landes entgegensteht. Die Frauen der französischen Sektion, die es vergeblich versucht haben, vom Sieger einige gerechte Zugeständnisse zu erlangen, die nur weiser Vorsehung entsprechen hätten, können sich mit der Politik der Regierung nicht für solidarisch erklären und arbeiten direkt mit ihren Schwestern in allen Ländern an der Verfohnung der Völker.“

**Ein Toier — zu Ehren des Königs.** Aus Rom wird vom 21. d. M. berichtet: Bei einer Schießübung in Anwesenheit des spanischen Königspaars wurde das Verschlußstück einer Kanone abgerissen und mit Wucht nach rückwärts geschleudert. Drei Soldaten wurden verwundet, von denen einer bereits gestorben ist.

**Ein ehemaliger liberaler Minister geht zur Arbeiterpartei.** Reuter meldet aus London: Der vormalige liberale Koalitionsminister Dr. Addison hat sich zum Sekretär der Arbeiterpartei begeben und den Wunsch ausgesprochen, sich der Arbeiterpartei anzuschließen.

**Ein Karikantentwert — die Geldrente der Franzosen im Ruhrgebiet.** Am 16. ds. haben die Franzosen bei der Reichsbank in Düsseldorf 35.000 Billionen Papiermark befristet. Die Gesamtsumme der von den Franzosen und Belgiern fortgenommenen Geldbeträge hat bereits 200.000 Billionen überschritten.

**Aus Hunger zum Verbroder geworden.** In Troppau schlug am Montag nachts um 11 Uhr ein Mann die Spiegeltür des Geschäftes Walek am Schulting ein. Auf die Frage, warum er dies mache, erklärte er, daß er schon einige Tage hun-

gere und die Schocken einschlug, um in den Kesseln zu kommen, wo er Essen erhalten werde.

**Aus der Schulstatistik.** In der Tschechoslowakischen Republik gibt es 305 Mittelschulen, davon 213 mit tschechischer oder slowakischer Unterrichtssprache. Volkshochschulen gibt es mit Ausnahme der von Karpathorussland 12.703. In den öffentlichen Volkshochschulen sind insgesamt 1.826.227 Schüler. — An den 15 Hochschulen der Tschechoslowakischen Republik gibt es 650 ordentliche und 187 außerordentliche Professoren. Im Studienjahre 1922/23 waren an den technischen Hochschulen 11.000, an den Universitäten 12.501 Studenten immatrikuliert.

**Seine Entlassung des Präsenzjährganges 1900.** Der im Wehrausschuß gestellte Antrag auf Freisetzung des Friedensstandes der Armee durch Entlassung des Präsenzjährganges 1900 wurde, wie die „Prager Presse“ erfährt, im Ministerium für nationale Verteidigung erwogen; man kam jedoch zu der Überzeugung, daß die vorgeschlagene Entlassung nicht durchgeführt werden könne, zumal eine gesetzliche Aenderung der betreffenden Bestimmungen des Wehrgesetzes und des gesetzlich festgelegten Präsenzstandes der Armee notwendig wäre. Der Präsenzstand der Armee wurde im Jahre 1920 auf vier Jahre festgesetzt, d. i. bis Ende 1924. Das Ministerium für nationale Verteidigung erwägt bereits gegenwärtig die Möglichkeit einer Herabsetzung des Präsenzstandes der Armee und wird seinerzeit mit einem den Verhältnissen entsprechenden Vorschlag vor die gesetzgebenden Kammer treten.

**Weiterüberblick vom 22. November.** Heute Donnerstag nahm die Bevölkerung überall zu, in den mittleren Teilen der Republik schnell es, in Brünn herrscht Regenwetter. In Böhmen fiel die Temperatur überall unter Null, in Prag auf -2 Grad Celsius. Im Osten ist es wärmer. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Vorwiegend trüb, Neigung zu Niederschlägen.

**Prager Chronik.**

**Aus dem Polizeibericht.**

Letzter Tage erstarb ein Funktionär der Gesellschaft der Freunde der tsch.-sl. Gendarmerie im Sicherheitsdepartement die Anzeige, daß der Selve, für dieses Vereines, Gottlieb Mladý aus Podoš, Vereinsgelder veruntreut habe. Gleichzeitig legte ein Vertreter des Vereines zwei Bestätigungen der Cyril-Method-Druckerei in Prag auf 12.770 K 70 h und auf 1500 K vor. Der Direktor der Druckerei Wald erklärte die Empfangsbestätigungen für gefälscht. Die Erhebungen erwiesen, daß Mladý die Druckkosten für die Bestätigungen in der Druckerei entwendet und sodann gefälscht hatte. Die beiden Posten trug er im Kassabuch als Auslagen ein, das Geld aber behielt er für sich. Mladý wurde verhaftet und in seiner Wohnung eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei vier Einlagebücher, auf verschiedene Namen lautend, im Gesamtbetrage von 20.963 K vorgefunden wurden. Es wurde weiter ermittelt, daß Mladý bei der Mährischen Agrar- und Industrieanstalt in Prag eine Einlage von 105.000 K hatte, die er vor einem Jahre auf kleinere Beträge auf verschiedene Namen laufend überführt hatte. Außerdem war Mladý an dem Betrieb der „Cil. Roviny“ mit 90.000 K beteiligt und mit 25.000 K an dem Unternehmen für Ausrüstung der Gendarmerie in Prag. Mladý hatte sich auch in Podoš ein Haus gekauft und für dasselbe 40.000 K bezahlt. Im ganzen disponierte Mladý über 280.000 K, obwohl er vor vier Jahren, als er nach Prag gekommen war, völlig unbesitzend gewesen war. In seine Manipulationen war angeblich der Kassier Wenzel Rechl eingeweiht. Mladý verweigerte jede Aussage über die Herkunft seines Vermögens. — Gestern nacht wurde im „Honer Seidenhaus“, Rudolf Weiß, Mitte Oraben, eingebrochen. Die Einbrecher räumten die ganze Auslage des Geschäftes aus. Es ist in kurzer Zeit der dritte böse Einbruch auf dem Oraben, und zwar in Geschäften, die unmittelbar aneinander grenzen. — Gestern wurde in Prag der 15jährige Schneidermeister Kopecký verhaftet, der verdächtig ist, gemeinsam mit seinem Zohn, einem Postbeamten, im Jahre 1920 ein rekonmaniertes Schreiben, in dem sich Schuldscheine auf 109.000 Dollar befanden, geföhlen zu haben. Das rekonmanierte Schreiben war in Omas im Staate Nebraska in Nordamerika von einem Schwager des Verhafteten angeheben worden und verständig dann spurlos. Gegen den Sohn des Verhafteten, der sich in Mumtsack befindet, wurde ein Haftbefehl ertlassen.

**Gerichtssaal.**

**Vater hochkapler.**

**Prag, 22. November.** Der 23jährige Ladislav Kobak, der sich heute vor dem Straßensaal des ODBR. Bouček zu verantworten hatte, hat in Prag die Studienjahre eines hochkaplers durchgemacht. Kobak entstammt einer gut-heubürgerlichen Familie, sein Vater ist leitender Lehrer an der Schule irgendeines Dorfes bei Pflkram, Ladislavs, der älteste unter neun Kindern, besaß in Pflkram das Gymnasium. Aber nur bis zur sechsten Klasse. Dann mußte er wegen verschiedener dysziplinwidrigen Vorgehen die Schule verlassen. Nach einem kurzen, für seine weitere Ausbildung aber sehr reichen Aufenthalt in Prag begann für Kobak das Hochkaplerleben. Und da er erkannt hatte, wo es ihm nicht schicklich leben läßt, erkaufte er bei dem Redemptoristen in Bilem eine Aufnahme. Die er auch fand. Nach einem Jahre schickten ihn die Redemptoristen in ihr Kloster nach Dobruška, wo er das Gymnasium zu Ende studierte und in das Seminar hätte eintreten sollen.

Da erwahte in Kobak das nationale Gewissen, er trat zur tschechoslowakischen Kirche über und

lehre diesen Glauben einige Monate hindurch an den Volksschulen in Prag aufste und Prag-Pantrac. Das Leben der Großstadt brachte ihn nun auf „bessere“ Gedanken. Er kaufte sich Zeugnisblätter, schickte ein Maturazeugnis des Sudweiser Gymnasiums und war — wie man es sich verah — Beamter beim Prager Hauptpostamt. Im Mai — es war im Jahre 1921 — wurde er nach kaum dreimonatigem Beamtenleben assentiert und hätte nun einrücken sollen. Das paßte nun Novak nicht. Kurzherab — gefälschte Zeugnisse beschaffte er ja schon — trat er bei den Prager Jesuiten ein. Den Jesuitenpater in spe erfaßte da zum erstenmal der Arm der Gerechtigkeit: durch eine Unvorsichtigkeit Novaks waren seine ganzen Schwindelstücke aufgedeckt worden. Einige Monate Untersuchungskhaft... kaum freigegeben, bewarb sich Novak schon um den Posten eines Katecheten der tschechoslowakischen Glaubensgemeinschaft in Olmütz. Da dieser Posten aber noch nicht frei war, erhielt Novak eine Stelle im Matrifakamt im Olmützer „Commenium“.

Diese Gunst des Schicksals wußte Novak auch sofort auszunützen. Er stellte sich selbst einen Tönschein aus, den er dem Prager Gerichte und den Militärbehörden einschickte. Beim Militär wurde er daraufhin aus den Listen gestrichen, das Prager Gericht ließ die Akten über seinen Straffall verbrennen.

Lobkowitz Novak lebte für die Welt, die sich für ihn zu interessieren berechtigt fühlte, nicht mehr. Olmütz sagte er „vater“. Das Kloster der Augustiner in Snač nahm ihn als „bühnen“ Sohn auf. Die Bühne sollte ihm jedoch sehr schlecht bekommen. Denn nachdem er in einer Besuche beim Bischof des Klosters sein Gewissen „erleichtert“ hatte, empfanden die Augustiner kein Vergnügen mehr daran, Novak in ihrer Mitte zu beherbergen und setzten ihn vor die Tür. Bei diesem Hinauswurf soll Novak den Abt des Klosters mit einem Revolver bedroht haben.

Novak ging dann einige Zeit als Aushilfe bei einem Bauern in Snač und kehrte dann wieder nach Prag zurück. Als Josef Novak fand er in Prag eine gastliche Stätte bei den Augustinern. Er konnte die Ordensbrüder schon von Snač her, das Einleben fiel ihm also nicht schwer. Ein Snaker Ordensbruder — Vater Prohászka — sollte ihm aber zum Verhängnis werden. Er erkannte bei einem Besuche in Prag den Hochpater und ließ ihn sofort aus dem Kloster hinauswerfen.

Da inzwischen die Militärbehörden sich mit Novak näher beschäftigt hatten, wurde er vom Divisionsgericht zu vier Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Die heutige Verhandlung gestaltete sich sehr dramatisch. Hand doch durch sie eine beinahe unplanmäßig scheinende Hochpaterlaufbahn ihr vorläufiges Ende.

Novak wandert auf dreizehn Monate, die ihm als Ergänzungstrafe zugesprochen wurden, in den Kerker.

genannt wurde. Der Eintritt in dieser Orak fand stets mit feierlichen Aufnahmzeremonien statt. Schweiger wurde nach durchgeführter geheilter Verhandlung zu fünf Monaten schweren Kerkers verurteilt.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Lodgman, D. S. B. und nationaler Verrat.

Unter diesem Titel haben wir vor kurzem berichtet, daß in einer am 27. Oktober d. J. in Bodenbach stattgefundenen Angestelltenversammlung Herr Ulrich, seines Zeichens Sekretär des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (D. S. B.) und deutschnationalsozialistisches Mitglied der Aussiger Gemeindevertretung, bezüglich der vom D. S. B. propagierten Ueberführung deutscher Angestellter in die „Remocenska polkadna soukromnych uředniku a zizencu v Praze (Krankenkasse der Privatangestellten in Prag) u. a. folgendes erklärte:

„Der D. S. B. findet damit die Zustimmung aller maßgebenden deutschnationalen Führer und von Lodgman bis Jung wurde der Austritt der deutschen Angestellten aus den deutschen Bezirkskrankenkassen und deren Ueberführung in die tschechische Prager Beamtentrunkenkasse gebilligt.“

Die „Teplicker Zeitung“ vom 21. November d. J. bringt nun folgende Notiz:

„Abgeordneter Dr. Lodgman zur Versicherung der deutschen Angestellten in die „Remocenska polkadna“ in Prag.“ Abgeordneter Dr. Lodgman wurde in der letzten Zeit von der sozialdemokratischen Presse deshalb angegriffen, weil er angeblich die Ueberführung der deutschen Angestellten aus den Bezirkskrankenkassen in die tschechische „Remocenska polkadna“ gebilligt hätte. Herr Doktor Lodgman erkläre uns, inwiefern, daß er diese, angeblich durch den D. S. B. veranlaßte Ueberführung der deutschen Angestellten weder billigen noch mißbilligen konnte, weil er von ihr überhaupt keine Kenntnis hatte und daher auch nicht zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen konnte. Die erwähnte Ueberführung der versicherungspflichtigen deutschen Angestellten ist vielmehr durch die betreffenden Gewerkschaften erfolgt und die politischen Parteien sind in dieser Angelegenheit überhaupt nicht befragt worden. Damit erledigen sich aber auch die Anwürfe vom „Verrate Dr. Lodgmans am deutschen Volke“, die aus diesem Anlasse in der sozialdemokratischen Presse erhoben worden sind.“

Ist es schon sehr bezeichnend, daß Herr Dr. Lodgman zur Abfassung dieser Erklärung drei Wochen gebraucht hat, und daß sich bisher nur die mit ziemlichem Ausschlag der Deffentlichkeit erscheinende „Teplicker Zeitung“ zur Aufnahme dieser Notiz bereit gefunden zu haben scheint, so ist es noch wichtiger festzustellen, daß nicht die sozialdemokratische Presse es war, die behauptet hat, daß Dr. Lodgman die Ueberführung der deutschen Angestellten aus den Bezirkskrankenkassen in die tschechische Remocenska polkadna gebilligt hat, sondern, daß ein deutschnationalistischer Stabkorrespondent und Sekretär des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (D. S. B.), wie oben angeführt, ausdrücklich erklärt hat, diese Aktion habe die Zustimmung und Billigung aller deutschnationalen Führer von Lodgman bis Jung gefunden. Wenn Dr. Lodgman diese Behauptung zu berichten wünscht, so muß er erklären, daß der deutsche Nationalsozialist Ulrich gelogen hat. Tut er dies nicht, so muß die Behauptung des Herrn Ulrich, Dr. Lodgman habe die Ueberführung von deutschen Angestellten aus deutschen Bezirkskrankenkassen in eine in tschechisch-nationalsozialistischen Händen liegende Prager Krankenkasse gebilligt und dieser Aktion des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes zugestimmt, auch

weiterhin als den Tatsachen entsprechend betrachtet werden. Uebrigens ist uns bisher von einer Verichtigung von Seiten des Herrn Ulrich oder von Seiten der maßgebenden deutschnationalen Führer von Lodgman bis Jung, auf deren Zustimmung und Billigung Herr Ulrich sich berufen hat, nichts bekannt geworden. Gegenüber der sehr gewundenen Erklärung des Herrn Dr. Lodgman in der nebenstehenden, wahrscheinlich zur Täuschung der Deffentlichkeit, von „betroffenen Gewerkschaften“ gesprochen wird, währenddem doch die ganze Agitation und Aktion für die Ueberführung von deutschen Angestellten aus deutschen Krankenkassen in die tschechisch-nationalsozialistische Krankenkasse einzig und allein vom deutschnationalen Handlungsgehilfenverband geführt wurde, muß schon unsere ursprüngliche Veröffentlichung vollinhaltlich aufrecht bleiben.

### Außerordentlicher Verbandstag der Keramarbeiter.

Der Verband der Keramarbeiter hielt, wie wir bereits berichtet haben, in Fischern einen außerordentlichen Verbandstag ab. Erschienen waren 50 Teilnehmer, davon drei Gäste. Als Vertreter der Zentralgewerkschaftskommission in Reichenberg war Abg. Gen. Kaufmann, von der Kreisgewerkschaftskommission in Karlsbad Sekretär Gen. Scharing und von der Kreisvertretung der deutschen sozialdemokratischen Partei in Karlsbad Abg. Gen. Hillebrand erschienen.

Vor dem Eingehen in die eigentliche Tagesordnung richtete Genosse Palme die Aufforderung an sämtliche Delegierte, in den Betrieben dahin zu arbeiten, daß der Aufruf des Verbandes zur Unterstützung unserer deutschen Arbeiter beizubehalten ein solches Resultat zeitige, daß wir als Organisation ihnen gegenüber volle Solidarität zum Ausdruck bringen.

In drei ausgezeichneten Reden begründeten die Genossen Kaufmann, Hillebrand und Scharing den Verbandstag.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Vericht und Stellungnahme zu den Folgen der Wirtschaftskrise“ berichtet Gen. Palme über die furchtbaren Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die Finanzen und den Mitgliederstand des Verbandes. Er bespricht weiter, wie die Unternehmer diese Wirtschaftskrise dazu benützt hat, die Arbeitsbedingungen oft trotz bestehender Verträge zu verschlechtern. Das ist ihnen dort gelungen, wo ihnen nicht eine gutausgestattete Organisation gegenüberstand. An einem umfassenden Informationsmaterial weist der Referent nach, welche Wirkungen die Wirtschaftskrise auf die Organisation ausgeübt hat. Ferner bringt der Referent noch einen ausführlichen Bericht über die stattgefundenen Lohnkämpfe und Verhandlungen sowohl in der Porzellan- wie auch in der Feinton- und Kaolinindustrie, aus welchem hervorgeht, daß die Organisation in den meisten Fällen in der Lage war, die vorgelegten Forderungen der Unternehmerchaft und Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen in größerem Maßstabe zurückzuweisen oder wenigstens bestimmte Äquivalente zum Nutzen der Arbeiter dafür einzutauschen.

Bei zweiten Punkte der Tagesordnung „Änderung der Geschäftsordnung“ wurde die bisherige Beitragsleistung abgeändert und folgende Klassen festgelegt: 1. Kl. 6.—, 2. Kl. 4.—, 3. Kl. 3.—, 4. Kl. 2.—, 5. Kl. 1 K. Demgemäß erfüllten auch die Unterstützungslage für den Fall der Arbeitslosigkeit sowie des Streikes eine entsprechende Verminderung.

Den Mitgliedern wird die gewährte Unterstützung wieder vom nächsten Tage der Arbeitslosigkeit an anbezahlt. Nachdem durch den Beschluß des letzten Verbandstages — daß die Mitglieder beim Bezuge der Unterstützung keine Beiträge mehr zu entrichten hätten — der Verband einen schweren finanziellen Schaden erlitten hat und diese Einrichtigung auch in keiner anderen gewerkschaftlichen Or-

ganisation besteht, wurde der Beschluß gefaßt, daß für die Dauer des Bezuges der Unterstützung wieder Beiträge entrichtet werden müssen. Die Beiträge sind entsprechend der Verdienstgrenze an die Organisation zu zahlen; die Mitglieder haben die Pflicht, in den betreffenden Klassen ihre Beiträge zu entrichten. — Die beschlossenen Änderungen der Geschäftsordnung treten mit 1. Dezember 1923 in Kraft.

Punkt 3 der Tagesordnung betraf die Aufhebung der infolge der Wirtschaftskrise am 10. September und 4. Dezember 1922 in Kraft getretenen Notverordnungen. Diese Notverordnungen betrafen, daß alle Mitglieder des Verbandes, welche staatliche Unterstützung oder jene des Wirtschaftsverbandes der Porzellanindustrie bezogen, im Falle der Arbeitslosigkeit nur 50 Prozent der in der Geschäftsordnung festgelegten Unterstützungslage erhielten, ferner, daß den Mitgliedern der jüngeren Klasse, welche bisher keinerlei Unterstützungsberechtigungen hatten, eine Unterstützung von K 2.— wöchentlich gewährt wurde; und daß ferner Mitglieder, welche weniger als 24 Stunden in der Woche in Arbeit standen, alle 14 Tage einen Beitrag entrichten konnten. Der Verbandstag hat beschlossen, diese Notverordnungen aufzuheben. Es erhalten ab 1. Dezember 1923 sämtliche Mitglieder der Organisation wieder ihre volle statutenmäßige Unterstützung. Die Keramarbeiter haben ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Kurzarbeit in der Woche wieder regelmäßig ihre vollen Wochenbeiträge zu entrichten.

Punkt 4 „Statutenänderung“ war nur formaler Natur.

Beim fünften und letzten Punkt der Tagesordnung „Agitation“ wies Gen. Zinke in einem längeren Referate auf die Schädigungen hin, welche die Arbeiterchaft durch die Haltung der Unternehmer zu erdulden hat. In einer Anzahl von Beispielen brachte er aber auch das unkollegiale Verhalten vieler Arbeiter in dieser schweren Krisenzeit zur Sprache, welche durch ihre unkluge Handlungsweise nicht wenig dazu beigetragen haben, die Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen der Brüder kollektive zu schädigen. Er appellierte in eindringlichen Worten an die Arbeiterchaft, sich ihrer Pflichten gegen sich und die Organisation wieder zu erinnern, damit wieder gesunde wirtschaftliche Verhältnisse in den Betrieben möglich werden. Die Frage der Agitation löste eine längere Debatte aus. Sie führte zu einer Entscheidung, welche die Arbeiter auffordert, alles daranzusetzen, die Organisation wieder kampffähig zu machen.

Damit war die Tagesordnung des außerordentlichen Verbandstages erschöpft. Genosse Palme konnte in seinem Schlußworte die ersehnte Tatsache feststellen, daß die Beschlüsse und Verhandlungen volle Einmütigkeit gezeigt haben und daß bei Einlegen aller Kräfte es sicher möglich sein wird, die Organisation wieder auf ihren alten Stand zu setzen.

381-Milliardenfache Presse in Deutschland. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Wohnung, Ernährung, Beheizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag den 19. November auf das 831-Milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit (218,5 Milliarden) beträgt demnach 280,3 Prozent.

Die Bogisländische Maschinenfabrik in Blantow, welche 6000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, hat wegen der Schwierigkeit, Lohnzahlungsmittel zu beschaffen, ihren Betrieb stillgelegt.

In Wien: Streik der Industrieangestellten, Ende des Beamtenausstandes. Aus Wien den 22. November wird berichtet: Da die Verhandlungen zwischen Industriellen und Angestellten noch nicht zum Abschluß gebracht wurden, sind die Angestellten der Straßkrone-Industrie in den Streik getreten. Der Streik brach

### Die Grazer Wellengenaßre vor Gericht.

Dieser Tage hatte sich in Graz der Pfadfinderführer Schweiger wegen der auch feinerseit von uns zur Veröffentlichung gebrachten Standafläre vor verantworten. Wie unseren Lesern noch erinnern sich wird, war Schweiger der Führer der Pfadfindergruppe „Wellengen“, die bei ihren Zusammenkünften neben deutschnationalen Gespielern auch pornologische Lieder sang. Schweiger... bei diesen Zusammenkünften immer große Reden, in denen er die jungen Leute nicht nur im Rassen- und Rassenhafte, sondern auch in der Pornologie unterrichtete. Es kam so weit, daß Schweiger eine Reihe von Pfadfindern mißbrauchte. Es soll sogar vorgekommen sein, daß Schweiger Pfadfinder dazu anhielt, bei den widerrlichen Szenen als Augenzeugen zuzugucken. Innerhalb der Wellengen bestand eine intime Runde der gelehrigsten Schüler, die „Orak“

### Water Goriot.

44 Von Honoré de Balzac.

„Alles geht gut,“ sagte Vautrin. „Aber ich spiele nicht mit,“ antwortete Eugen.

„Doch weiß,“ unterbrach ihn Vautrin. „Sie machen noch Anderen und helfen schon bei den Hindernissen im Vortraum.“

Zwei Tage später saßen Biret und die Michonneau in der Sonne auf einer einsamen Bank in einer abgelegenen Allee des Botanischen Gartens. Sie waren im Gespräch mit dem Herrn, der dem Mediziner mit Recht verdächtig schien.

„Mein Fräulein,“ sagte Gondureau, „ich kann Ihre Strupel nicht begreifen. Seine Excellenz, der Herr Polizeiminister...“

„Ah! Seine Excellenz, der Herr Polizeiminister...“ wiederholte Boiret.

„Ja, Seine Excellenz beschäftigt sich höchstselbst mit dieser Angelegenheit,“ sagte Gondureau.

Wenn erscheint es nicht unwahrscheinlich, daß Boiret, der einseitige Beamte und der Mann bürgerlicher Tugenden, wenn auch ohne einen Gran Verstand, dem angeblichen Rentier aus der Rue de Buffon im Augenblick, da er von der Polizei sprach und sich damit als Agent aus der Rue de Jérusalem entlarvte, weiter zuhörte? Dennoch ist nichts natürlicher. Die besondere Art, der Boiret innerhalb der großen Familie der Herren zugehörte, wird dadurch charakterisiert. Es gibt eine gewisse Kategorie von Federwerk, das zwischen dem ersten und dritten Breitengrad gezüchtet wurde, das eine Besoldung von zwöfhundert Franken, eine Art administrativer Grönlands verträgt und auf den dritten Grad hofft, wo etwas wärmere Gehälter von drei bis

Seine Excellenz; der Herr Minister... Ja, da liegt es freilich anders,“ sagte Boiret.

„Sie hören die Ansicht von Herrn Boiret, dessen Urteil Sie zu vertrauen scheinen,“ der angebliche Rentier wandte sich wieder an die Michonneau.

„Nun, Seine Excellenz hat jetzt die absluteste Gewißheit, daß der angebliche Vautrin, der im Hause Bauguer wohnt, ein aus Toulon entwichener Sträfling ist, der dort unter dem Spitznamen Tod-Ueberwinder bekannt ist.“

„Ah! Tod-Ueberwinder!“ sagte Boiret, „er ist sehr glücklich, wenn er diesen Namen verdient.“

„Aber gewiß,“ fuhr der Agent fort. „Diesen Spitznamen dankt er dem Umstand, daß er in seinen fähigen Unternehmungen stets mit dem Leben davongekommen ist. Es ist ein gefährlicher Mensch. Er hat ungewöhnliche Eigenschaften. Seine Verurteilung wurde ihm in seinen Kreisen als Ehre angerechnet.“

„Er ist also ein Ehrenmann?“ fragte Boiret.

„Auf seine Art. Er hat das Verbrechen eines anderen auf sich genommen und ist für einen schönen Italiener, den er sehr geliebt hat, eingesprungen. Der Zehnfüßige ist Soldat geworden und sich vorzüglich gehalten.“

„Aber wenn Seine Excellenz der Herr Polizeiminister sicher ist, daß Herr Vautrin Tod-Ueberwinder ist, wozu braucht er dann nicht?“ fragte Fräulein Michonneau.

„Ja wirklich,“ sagte Boiret, „wenn der Herr Minister in der Tat, wie wir die Ehre hatten von Ihnen zu hören, sicher ist, daß...“

„Sicher ist nicht das richtige Wort, man glaubt es. Sie werden den Fall gleich selbst übersehen können. Jacques Collin, benannt Tod-Ueberwinder, geneßt das Vertrauen der Sträflinge der drei Bagnos, die ihn zu ihrem Agenten und Bankier erwählt haben. Seine Geschäfte

bringen ihm nicht wenig ein, sie erfordern selbstverständlich einen in seiner Art ausgezeichneten Menschen.“

„Oh! Oh! verstehen Sie dies Wortspiel, Fräulein Michonneau? Herr Gondureau nennt Vautrin einen ausgezeichneten Menschen, weil er gezeichnet ist.“

„Der falsche Vautrin,“ fuhr der Agent fort, „empfängt die Gelder der Herren Sträflinge, legt sie nutzbringend an, hebt sie ihnen ab, hält sie zur Verfügung jener, die entfliehen, oder zur Verfügung ihrer Familien, falls sie dies testamentarisch festsetzen, oder zur Verfügung ihrer Geliebten, wenn sie Wechsel auf ihn ausstellen.“

„Ihrer Geliebten! Sie wollen sagen, ihrer Frauen,“ wandte Boiret ein.

„Nein, der Sträfling hat im allgemeinen nur illegitime Frauen, die wir Konkubinen nennen.“

„Sie leben also in einer Nebenbe?“

„Gewiß.“

„Nun,“ sagte Boiret empört, „das sind ja Greuel, die Seine Excellenz nicht dulden dürfte. Da Sie die Ehre haben, Seine Excellenz zu sehen, so ist es Ihre Pflicht, da Sie die Ansichten eines Philantropen zu haben scheinen, ihn über das unsittliche Leben dieser Menschen, die der Gesellschaft ein schlechtes Beispiel geben, aufzuklären.“

„Aber, Herr Boiret, die Regierung wecht die Verbrecher nicht als Vorbild sämtlicher Tugenden ins Bagnos.“

„Gewiß. Jedoch, mein Herr, gestatten Sie...“

„Aber lassen Sie doch Herrn Gondureau antworten, liebster Freund,“ unterbrach die Michonneau.

(Fortsetzung folgt.)

bei einzelnen Betrieben z. B. Siemens-Schuckert-Werke, L.C.G., Union, beide in Floridsdorf, aus. — Der Streik der Privatbankange-stellten wurde beendet. Lediglich bei sechs kleinen Firmen mit einer Gesamtzahl von 70 Angestellten konnte der Abschluß nicht erzielt werden.

Devijenturle.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Prague, Vienna, and other locations.

Prager Kurze am 22. November.

Table with gold and silver prices in Prague.

Vorträge.

Vortrag des Genossen Prof. Abramowitzsch, heute 8 Uhr abends, großer „Urania“-Saal. Karten in der Urania-Kasse und Abendkasse. 1927

Kunst und Wissen.

Arbeiter-Symphoniekonzerte in Auffsig.

Das erste der sechs Konzerte.

Eine ganze Welt liegt in dem „Arbeiter-Symphoniekonzerte“, eine Tat von so hoher Bedeutung für die Klasse der Unterdrückten, daß darüber nicht genug geschrieben werden könnte. Dieser Schritt, den das Proletariat in das Gebiet der Kunst macht, zeigt uns, welchen Aufstiege die Arbeiterklasse trotz aller Demütnisse innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit in kultureller Beziehung vollbracht hat. Die Arbeiter veranstalten Symphoniekonzerte für sich! Sie sind nicht mehr mit den Broden, den Abfällen von der Tafel, die das überjohnte Bürgertum sich gegeben hat, zufrieden; es kehren die Verhältnisse von früher sich in das Gegenteil um, das Bürgertum — ein Teil wenigstens davon — kommt zum Proletariat zu Gaste.

Die Auffsiger Kreisorganisation hat nicht, wie es anderwärts geschieht, nur getastet, verfuhrsweise ein solches Konzert veranstaltet, sie hat ganze Arbeit geleistet und einen Joltus von sechs Konzerten in ihr Bildungsprogramm aufgenommen und wird ihn im Laufe dieses Winters zur Durchführung bringen. Vorher hat sich die Auffsiger Arbeiterklasse die Vorbedingung für solche Veranstaltungen, ein eigenes Konzertheim, in den „Volkshäusern“ geschaffen und bei dem am 20. d. M. dort abgehaltenen ersten dieser Konzerte erbrachten die Räume den Beweis, daß sie den gestellten Anforderungen als musikalische Unterkunftsstätten zum größten Teile entsprachen.

Bei erdrückend vollem Hause und in einer gewissen festlichen Stimmung fand dieses Größungs-

konzert, der erste große und gewagte Schritt, mit dem die Auffsiger Arbeiterklasse in das herrliche Gebiet der Kunst eintritt, statt. Genosse Dr. Luitpold Stern sprach einleitend einige geistreiche Sätze über die Bedeutung dieses Tages, über Sozialismus und Musik und ihre Zusammenhänge in der Zukunft.

Das verstärkte Orchester des Auffsiger Stadtheaters war gut besetzt (50 Mann) und leistete vorzügliches. Als erste Nummer Smetanas symphonische Dichtung „Moldau“, in der dieser Komponist charakteristisch Weise wiedergeben, dem das Cello-Konzert in G-Moll von Anton Dvořak folgte. Die Klavierstücke der Darbietungen bildete jedoch die fünfte Symphonie „Aus der neuen Welt“ von Anton Dvořak, die in allen ihren Teilen, mit der unendlichen Sehnsucht nach der Heimat, mit vollendeter Schönheit zum Vortrag kam. Der Dirigent, Herr Musikdirektor Vladislav Seda aus Prag verstand es aber auch, das Orchester so zu behandeln wie ein Vater das ihm liebe Kind, mit Hingabe, Sorgfalt, aber auch mit Autorität, so daß er sich mit ihm wirklich spielen konnte. Besonders die Symphonie brachte ihm und dem Orchester einen glänzenden Erfolg. Als zweiter Gast spielte Herr Bedřich Jaroš das Cello-Konzert von Dvořak. So große Mühe sich der Solist gab und obwohl ihm manche Stelle sehr gut gelang, so konnte die Gesamtleistung doch nicht voll befriedigen. Der Kanilene war wohl zu entzücken, daß ein werdender Künstler spielt, aber bei vielen Passagen ließ der Ton Reinheit vermissen, was manchen sonstigen Vorzug abschwächte.

Im allgemeinen ist der Wurf gelungen und das erste Arbeiter-Symphoniekonzert mit vollem Erfolge vorüber. Eigentümlich berührt wohl nur die Zusammenstellung der Programme; sie scheinen nicht nach einem bestimmten Plan, einem System der Arbeiterbildung auf dem Gebiete der Musik zusammengestellt zu sein, sondern das Ergebnis von verschiedenen Zufälligkeiten zu sein. Denn es ist nicht recht erklärlich, warum das erste Konzert ausschließlich Kompositionen von tschechischen Autoren enthält. Soll der Aufbau der Konzertprogramme nach dem Grundgedanke der nationalen Einheitslichkeit erfolgen oder welche Gesichtspunkte waren überhaupt maßgebend bei der Zusammenstellung der Programme? Gerade bei der Einführung der Arbeiter in das Gebiet der Musik scheint eine gewisse Ordnung in den Darbietungen notwendig, vorausgesetzt, daß man damit zielbewußte Bildungsarbeit vollbringen und ihnen nicht nur einen wohllosen Lernschmuck bieten will.

Eine nicht durchaus erfreuliche Erscheinung war, daß die Hälfte der Besucher aus bürgerlichen Kreisen sich rekrutierte. So gern wir das Bürgertum zu uns kommen sehen, so sehr vermissen wir einen Großteil der Arbeiter, denen es nicht möglich ist, den so niedrig gestellten Beitrag des Eintrittspreises zu erbringen. Erst wenn es möglich sein wird, für die Arbeiter ohne Entgelt Konzerte zu veranstalten, ist das Ziel, das durch die Bildungsbestrebungen gestellt ist, erreicht.

Außer einigen Kinderkrankheiten der Veranstaltung, wie z. B. dem unpünktlichen Beginn, werden die Veranstalter wie die Zuhörer von diesem ersten Konzerte vollauf befriedigt sein und zu neuen Unternehmungen angeporrt werden. Der Anfang war gut und die Folge soll noch besser werden. —1—

„Ein Mastenball“, Oper in fünf Akten von Guit. Verdi. Die Wiederaufnahme dieser Oper in den Spielplan bedeutet einen künstlerischen Ge-

winnt. Denn Verdis „Mastenball“ ist eines der besten Werke des italienischen Meisters, das erste, in dem er sich endlich von dem früher bevorzugten Opernstil freimachte. Der unvergängliche Wert der Oper erhellt daraus, daß sie noch immer zu den beliebtesten Repertoire-Opern der ganzen Welt gehört, während die denselben Stoff behandelnde „Ballnacht“ von dem französischen Lyrikdichter und Zeitgenossen Verdis außer längst verschollen ist, obwohl sie zu Verdis Verdis höher geschätzt wurde als dessen „Mastenball“. Die am Mittwoch gehörte vorzügliche Besetzung der Oper sichert ihr hoffentlich ein längeres Verweilen im Spielplane, um die Mühe des Studiums wertzumachen, erst recht, da das Werk in doppelter Besetzung der Hauptrollen herausgebracht wurde. Diesmal sangen: Herr Strauß den Riccardo, prächtig in Ton und Darstellung, Herr Schwarz den René, gelangweilter müßiggänger, schauspielerisch mit überzeugender dramatischer Geste, Frau Wolf-Ortner die Amelia, Frau de Garmon den Pagan und Frau Hoffmann die Wahrsagerin; doch waren die Damen in Wahrheit das schwächere Geschlecht und im Gegensatz zu den Herren im Worte nahezu ganz unverständlich. Kapellmeister Heller als musikalischer Leiter der Aufführung hatte Chor, Orchester und Solisten nicht so in der Hand, um schwere Unstimmigkeiten, besonders im ersten Finale, zu verhindern. Der Besuch der durch unwillige Pausen bis viermal 11 Uhr hinausgezogenen Opernvorstellung ließ leider zu wünschen übrig.

Spielplan des neuen Theaters. Heute „Madame Pompadour“, morgen Samstag „Figaro's Hochzeit“, Sonntag abends Gastspiel Mattia Battistini „Tosca“.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz in Troppau. Sonntag, den 25. November findet um halb 9 Uhr vormittags im Volkshaus in Troppau die Jahresbezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung statt: Berichte, Bildungsarbeit, Bodenreform (Referent Gen. Jol), Neuwahl der Bezirksleitung und Allfälliges.

Turnen und Sport.

Arbeitsplan 1924 des 5. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportverband. 11. November 1923: Kreisvertreterturnen in Brüx (Realschule), nur Bezirks-Gruppenturner und Stellvertreter haben Zutritt. 18. November: Gruppenturnerstunden in allen Gruppen. 9. Dezember: Kreiskampfrichter-Kurs in Dux. Teilnehmer haben alle Bezirksturner und von jedem Bezirk ein Genosse. 25. bis 26. Dezember: Wintersport-Kurs am Siebengeißel bei Eichwald. 5. und 6. Jänner 1924: Kreisvertreterturnen in Komotau. Beginn: Samstag 3 Uhr nachmittags. 18. Jänner: Gruppenturnerstunden in allen Gruppen. 10. Februar 1924: Bezirksvertreterturnen für Turnerinnen und Mädchen. 17. Februar 1924: Bezirksvertreterturnen für Turner und Knaben. 6. April 1924: Kreisschwimmtag in Teplitz oder Auffsig. Kampfrichterprüfungen: Ostern, 1. Tag: vormittags im 6. Bezirk, nachmittags im 1. Bezirk. Ostern, 2. Tag: vormittags im 7. Bezirk, nachmittags im 2. Bezirk. Acht Tage später: vormittags im 8. Bezirk, nachmittags im 4. Bezirk. Acht Tage später: vormittags im 5. Bezirk, nachmittags im 3. Bezirk.

4. Mai 1924: Malwanderung: In allen Gruppen: Zusammenturnen aller Abteilungen. 17. Mai: Spieltage in Seefeld: Samstag für Frauen. 18. Mai: Spieltage in Seefeld: Sonntag für Männer. 7. bis 9. Juni: Kreisschachturnen des 8., 4., 5., 3. Bezirkes (Ort unbestimmt). 15. Juni: Kreisschachturnen in Auffsig des 1., 2., 6., 7. Bezirkes. 30. Juni: Meisterschaft für alle Wettkämpfer und Vorführungen. Juli: Werbestände: Zusammenturnen in den Bezirken und Gruppen, jedoch ohne festlichen Charakter. 9. bis 11. August: Bundesturnfest in Karlsbad.

Mitteilungen aus dem Subitum.

OSRAM NITRA advertisement featuring a light bulb and text: 'Mehr Licht bedeutet mehr Leistung.' Includes a small diagram of a light bulb.

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Czermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Holik.

Wo vertehren wir?

- Café Continental, 1000 Prag-Graben
Goldenes Arenal, 1000 Prag-Relazanta.
Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smetky 22 (Urania). 1000

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich. Konzerte in PRAG II., Hybernaská Nr. 7.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

VITELLO advertisement featuring an illustration of a boy and a girl with a box of margarine. Text: 'Margarine als Brotaufstrich ist das beste, was ich kenne.'

In einer Stunde Das Weltall... Englischen Unterricht... Prüfungsvorbereitung...

Alle Bücher... Neueste, rasch und billig... Buchhandlung Freiheit...

Bibliotheken... für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen...

Ernst Sattler, Karlsbad. Bietet rasch und billig die... Buchhandlung Freiheit...

3000% advertisement for Palma Kautschukabsatzschle featuring a large illustration of a rubber wheel and text: 'Erstmaris gegenüber der Lederschle bietet Palma Kautschukabsatzschle'.